Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 574. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 7. December 1876.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

25. Sitzung des Reichstages (6. December).

12 Uhr. Am Tische des Bundesraths v. Stosch, v. Nostitz-Wallwitz, Hofmann, General-Major v. Fries, Michaelis, Riedel.

Auf der Tagelsrdnung steht zunächst die Interpellation der Abgeordneten Scipio, Heyl und Bühl: Nach Artikel 4 Nr. 9 der Reichsverfassung unterliegt der Schifffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs. Zunächst veranlaßt durch die höchst nachtheiligen Störungen, deren Schauplatz in neuester Zeit der Rheinstrom in baierisch-hessischem Gebiet gewesen ist, richten die Unterzeichneten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage: 1) In welcher Weise hat die Reichsregierung den die wirthschaftlichen und speciell die Schifffahrts-Interessen der angrenzenden Ländergebiete schwer schädigenden Mißständen gegenüber das ihr zustehende Beaufsichtigungsrecht bethätigt? 2) Wird die Reichsregierung in Bälde eine wirksame Abhilfe der bezeichneten Uebelstände durch geeignete Maßnahmen veranlassen?

Abg. Scipio: Die Thatsachen, die meine Interpellation veranlaßt haben, sind folgende: Im October dieses Jahres zeigte sich bei sehr niedrigem Wasserstande im Rhein zwischen Frankenthal und Worms am sogenannten Loschheimer Loch eine Sandbank, welche für größere, beladene Schiffe das Fahrwasser vollständig sperrte. Die hessische Regierung, der am 28. October hiervon Anzeige gemacht war, ordnete am 5. November die Beseitigung des Hindernisses vermittelst eines Dampfbaggers an. Eine wirkliche, freilich immer nur momentane Abhilfe wurde aber erst geschaffen, als von Seiten der bairischen Regierung, der ein Theil des dortigen Fahrwassers zugehört, 10 Dampfbagger zur Hilfeleistung geschickt wurden. Inzwischen aber hatten sich nicht weniger als 100 Fahrzeuge an der gefährlichen Stelle festgefahren. Nach der Ansicht von Sachverständigen ist aber, was bisher zur Hilfeleistung geschehen, für die Dauer völlig unzureichend. Es wird an dieser Stelle immer wieder Ablagerung von Schutt, Gerölle und Sand stattfinden und die Schifffahrt bei niederem Wasserstande in hohem Maße gefährdet bleiben. Bei der enormen Wichtigkeit der Rheinschifffahrt für Handel und Verkehr, die seit dem Bestehen der Eisenbahnen nur noch gestiegen ist, halte ich es für dringend nothwendig, daß gegenüber solchen Calamitäten die Reichsregierung einschreite und von der Befugniß, welche ihr der Artikel 4, Nr. 9 der Reichsverfassung unbestritten zuertheilt, endlich einen energischen Gebrauch mache. (Beifall.)

Präsident Hofmann: Auf die erste Frage der Interpellation habe ich zu antworten, daß der Reichsregierung von den durch den Interpellanten bezeichneten Mißständen bisher nichts bekannt geworden ist (Hört!), und daß sie deshalb auch nicht in der Lage war, das ihr nach der Reichsverfassung zustehende Aufsichtsrecht auf die betreffende Strecke des Rheines auszuüben. Eine Entscheidung über die zweite Frage der Interpellation setzt voraus, daß die Reichregierung über die thatsächlichen Verhältnisse sich zunächst informire. Ich werde Anlaß nehmen, eine solche Information einzuziehen und wird sich daraus ergeben, ob wirklich Veranlassung zu einem Einschreiten der Reichsregierung vorhanden ist oder nicht.

Auf Antrag des Abg. Bamberger beschließt das Haus eine Besprechung der Interpellation.

Abg. Bamberger: Die Antwort, die wir eben gehört haben, macht es dringend nothwendig, nicht mit Stillschweigen über diesen Gegenstand hinwegzugehen. Ich habe mit peinlichem Erstaunen vernommen, daß derartige große und wesentliche Schifffahrtsstörungen auf dem Rheinstrom stattgefunden haben, ohne daß die Reichsbehörde irgend welche Kenntniß davon hat, während doch nach der Reichsverfassung die Aufsicht über die Stromschifffahrt in Deutschland ein hochwichtiger und wesentlicher Theil der Competenzen des Reiches ist. Wenn der größte Strom Deutschlands und beinahe der schönste und wichtigste Strom von ganz Europa in seiner Schifffahrt derartige Störungen erfährt, wie sie hier geschildert und wie sie in allen Zeitungen dargestellt wurden, ohne daß die oberste Reichsbehörde auch nur eine Ahnung davon hat, so daß sie erst durch die heutige Interpellation Kenntniß davon erhält, so muß ich leider sagen: es wirft das auch, wie so vieles Andere, leider ein höchst bedenkliches Licht auf unsere neuen Reichszustände, auf die ganze Organisation der Reichsexecutive, die doch wahrlich nicht weniger wichtig ist als die Reichsgesetzgebung. Es geht aus der gehörten Antwort hervor, daß bestimmte Decernenten des Reichskanzleramtes gar nicht bezeichnet sind, die sich um diese hoch wichtigen Gegenstände zu kümmern haben. Es liegt also hier ein ganz bestimmter Mangel in der Organisation der Thätigkeit des Reichskanzleramtes vor. Ich vermisse, daß eine specielle Abtheilung desselben den Beruf hat, auch im Wege der Executive der Aufgabe zu entsprechen, die ihr durch die Reichsverfassung gestellt ist und deren Wichtigkeit es nothwendig bedingt, daß sie unter keinen Umständen vom Zufall abhängig gemacht werden darf. Ich bin heute nicht in der Lage, besondere Anträge in dieser Sache zu stellen, vielleicht wird dieselbe in dieser oder in der nächsten Session Gegenstand einer besonderen, energischen Resolution sein müssen, wenn uns der Vertreter der Reichsregierung nicht die Versicherung giebt, daß gegenüber diesen himmelschreienden Mißständen Remedur eintreten soll. (Beifall.)

Präsident Hofmann: So schlimm, wie hier angegeben, sind die Mißstände in der That nicht gewesen, in dem Maße haben sie die öffentliche Aufmerksamkeit gar nicht erregt, daß man eine Nachlässigkeit des Decernenten im Reichskanzleramte, der allerdings für solche Schifffahrts-Angelegenheiten thatsächlich designirt ist, aus der Unkenntniß von diesen Vorgängen herleiten könnte. Ich muß constatiren, daß ich selbst, der ich doch aus meiner früheren Stellung die Verhältnisse des Rheinä sehr gut kenne, von den hier angeführten Schifffahrtsstörungen erst durch die Interpellation Kenntniß erhalten habe. Wie der Interpellant selbst ausgeführt hat, ist einstweilen durch die betheiligten Landes-Regierungen das Nöthige zur Abhilfe geschehen. Wenn ich erkläre, daß die Reichsregierung, nachdem sie sich vollständig über die Sachlage informirt haben wird, in Erwägung nehmen wird, ob hier wirklich Veranlassung vorliegt, für die Zukunft etwas zu thun, so kann sich, meine ich, der Vorredner dabei beruhigen.

Abg. Windthorst: Ich muß diesen Erklärungen des Präsidenten vom Bundeskanzleramt vollständig zustimmen. (Widerspruch.) Den Landesregierungen liegt es hier allein ob, die nöthige Abhilfe zu schaffen, und diese haben das ihrige in diesem Falle gethan. So lange die Landesregierungen sich nicht selbst an das Bundeskanzleramt um Abhilfe wenden und nicht selbst Beschwerde führen, soll man uns mit dem Einschreiten der Bundesexecutive in Ruhe lassen. (Widerspruch.) Mir scheint, die so laute Klage des Abg. Bamberger nur darauf hinauszulaufen, ein neues Reichsamt mit völlig neuen Befugnissen zu schaffen, und damit den Landesregierungen wiederum etwas zu nehmen, was ihnen noch gehört. Ich kann nicht dringend genug vor dieser Tendenz warnen.

Abg. Dohrn kann sich der Klage des Abgeordneten Bamberger über die mangelhafte Organisation des Reichskanzleramtes, deren schädliche Folgen immer schreiender hervortreten, nur vollständig anschließen. Die Unkenntniß des Präsidenten des Reichskanzleramtes über die Störungen der Rheinschifffahrt sei um so mehr zu verwundern, als die Frage der Rheincorrection der Gegenstand langjähriger und eingehender Debatten im preußischen Abgeordnetenhause gewesen sei.

Abg. v. Bunsen: Die Warnung des Abgeordneten Windthorst ist durchaus nicht angebracht. Die heute hier erlebte Debatte beweist, denke ich, genugsam, daß im Hause ebenso wie im ganzen Lande ein immer dringender empfundenes Bedürfniß nach Abhilfe der schreienden Mängel besteht, welche die jetzige Organisation des Reichskanzler-Amtes aufzeigt (Sehr wahr!). Derartigen Schifffahrtsstörungen, wie sie hier vorliegen, kann erfolgreich und gründlich für die Zukunft nimmermehr durch eine Landesregierung, sondern allein durch die Executive des Reiches abgeholfen werden. Dem Präsidenten des Reichskanzleramtes, der gar nichts weiß von diesen Schifffahrtsstörungen, die die ganzen Rheingegenden wochenlang beschäftigt haben, will ich nur die hier in meinen Händen befindlichen Nummern des amtlichen „Mannheimer Journals" vom 29. October und 3. und 7. November d. J. entgegenhalten, worin in drei sehr ausführlichen Leitartikeln die eingetretene Calamität auf das Eingehendste besprochen wird.

Abg. Gerwig: Bekanntlich besteht seit dem Jahre 1831 auf Grund der Wiener Congreßacte eine Rheinschifffahrts-Commission, die durchaus internationaler Natur ist und für den Gesammtlauf des Rheinstromes höchst segensreich wirkt. Von ihr ist die erste Benachrichtigung über die eingetretene Störung und das dringende Gesuch um Abhilfe an die zunächst betheiligten Regierungen ergangen. Hätte es der betreffende Decernent im Reichskanzleramte für gut befunden, sich den regelmäßigen Untersuchungsfahrten dieser Commission auf dem Rhein einmal anzuschließen, so würde ihm das Schifffahrtshinderniß eclatant genug vor die Augen getreten sein.

Abg. Bamberger: Ich muß der Ansicht des Abg. Windthorst, daß die Reichsregierung sich nicht früher um derartige Dinge zu bekümmern habe, als bis die einzelnen Landesregierungen selbst sie dazu auffordern, auf das allerentschiedenste widersprechen. Der Abg. Windthorst irrt sich nicht umsonst jedesmal, wenn er „Bundeskanzleramt" statt „Reichskanzleramt" sagt. (Heiterkeit.) Das hängt innig zusammen mit seiner ganzen Gedankenrichtung, und wenn er heute einmal zärtlich das Reichskanzleramt in Schutz genommen hat, so bedeutet das doch nur, wie leicht erkennbar, die Documentirung eines viel zärtlicheren Schutzes für die Machtbefugnisse der Einzelstaaten. Ich weiß nicht, ob im Ernst der Abg. Windthorst das Verlangen für etwas Frevelhaftes halten wird, daß endlich einmal der Schutz einer Gesammtaufsicht über die Schifffahrt für das Deutsche Reich eintreten soll, damit die Scandale endlich einmal ein Ende nehmen, die wir zur Zeit des Deutschen Bundes erleben mußten, damals als mein engeres Vaterland Hessen-Darmstadt Steine nach Bieberich schickte, um den Rhein zu verstopfen. Wenn er sich vielleicht nach der Wiederkehr solcher Zustände sehnen sollte, so wird Niemand im Hause ihm in dieser Sehnsucht folgen. (Beifall.)

Abg. Wiggers: Der Abg. Bamberger hat ganz richtig hervorgehoben, daß es für die Einzelstaaten nicht möglich sei, diese Frage zu lösen; ich habe schon im vorigen Jahre diesem Gedanken durch eine Interpellation Ausdruck gegeben, und auf eine einheitliche Regulirung der Schifffahrt hingedrängt. Das ist aber nicht möglich, wenn hierfür nicht eine eigene Organisation im Reichskanzleramt besteht. Durch eine solche Organisation würde auch dem Bedürfniß nach einer besseren Fürsorge für unser Canalsystem entsprochen werden. In Frankreich, das doch an sich reich an Wasserstraßen ist, hat kürzlich der Minister die Nothwendigkeit einer Erweiterung des Canalnetzes betont. Wenn Deutschland nur einigermaßen concurrenzfähig bleiben will, so muß es auf diesem Gebiete außerordentlich Vieles nachholen und ich möchte deshalb das Reichskanzleramt dringend ersuchen, uns im nächsten Jahre eine dahingehende Vorlage zu machen.

Ab. Windthorst erklärt, daß er unter Aufsicht des Reiches nicht ein willkürliches Eingreifen verstehen könne, weil sonst die freie Action der Einzelstaaten gänzlich gelähmt würde.

Hiermit ist die Interpellation erledigt; es folgt die Berathung der der Budget-Commission zur Vorprüfung überwiesenen Theile des Etats für das erste Quartal des Jahres 1877.

Beim Marineetat war im vorigen Jahre das Gehalt des General-Arztes auf 8400 Mark festgestellt worden, während der diesjährige Etat jene Summe als Maximalgrenze annimmt und als Minimum 6000 Mark setzt.

Referent Abg. Rickert beantragt Namens der Commission, die Position in der vorgeschlagenen Weise zu genehmigen, da die Regierung durchaus nicht die Absicht gehabt habe, gegen den ausdrücklichen Beschluß des Reichstags eine Minimalgrenze einzuführen, sondern im vorigen Etat die Bemerkung lediglich aus Versehen weggeblieben sei. Jedenfalls sei es nöthig, gemäß der Anciennität einen Minimalgehalt einzuführen.

Abg. Löwe empfiehlt im Interesse der Heranziehung tüchtiger ärztlicher Kräfte, das Gehalt wie im vorigen Jahre zu belassen. Er beklagt es, daß die Regierung bei Gehaltserhöhungen sich außerordentlich sträube, während sie bei einer Gehaltserniedrigung sich übereifrig zeige. Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Im Militäretat sind zum Neubau des Kasernements für die von Pirna nach Dresden zu verlegenden zwei Escadrons des Garde-Reiter-Regiments 250,000 Mark als erste Rate unter die einmaligen Ausgaben eingestellt. Die Commission beantragt: a) unter Einführung nachstehender Bemerkung die Position zu bewilligen: „Es wird dabei vorausgesetzt, daß gegen Rückgabe der bisherigen betreffenden Militärgrundstücke an den königlich sächsischen Staatsscus, die Militäretablissements ausschließlich aus sächsischen Staatsmitteln, den bestehenden Voranschlägen entsprechend, zur Ausführung gelangen". b) Die Erwartung auszusprechen, daß bei Tauschgeschäften der Militärverwaltung über Baulichkeiten und Grundstücke der Werth der Tauschgegenstände in Einnahme und Ausgabe gestellt und demgemäß Tauschgeschäfte hinsichtlich solcher Militäretablissements und Grundstücke, welche ihrem Umfange nach bei der Veräußerung, der Erwerbung oder dem Neubau den Gegenstand besonderer Etatstitel bilden, der besonderen Zustimmung des Bundesraths und Reichstags unterbreitet werden.

Referent Abg. Rickert betont, daß nach Art. 11 und 12 des Reichseigenthumsgesetzes dem Reichstag unzweifelhaft das Recht zustehen müsse, einen derartigen Tausch, wie er hier vorgekommen, zu genehmigen oder zu verweigern. Der Regierungscommissar habe dies zwar bestritten, doch habe sich der Präsident des Reichskanzleramts der milderen Auffassung zugeneigt, daß die angezogenen Paragraphen das Recht in dubio ließen. In Folge dessen sei die Commission zu vorsteh ndem Antrag gelangt.

Präsident des Reichskanzleramts Hofmann: Zweifelhaft ist es mir durchaus nicht, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes dem Reichstag das Recht nicht zusteht, sondern daß dieses Recht nur aus der Analogie gefolgert werden kann. Die principielle Auffassung wird sich jedoch erst beim Etatgesetz regeln lassen.

Abg. v. Benda bedauert, daß das Etatgesetz noch nicht zu Stande gekommen und spricht die Hoffnung aus, daß es gleich am Anfang der nächsten Session vorgelegt werden möge, da jedenfalls im nächsten Jahre wichtige Etatdebatten bevorständen.

Abg. Dr. Wehrenpfennig ist der Ansicht, daß wenn der Reichstag nicht einmal das Recht der Entscheidung über einen Tausch haben solle, der eventuell zum höchsten Schaden des Reiches abgeschlossen würde, das ganze Reichseigenthumgesetz überflüssig wäre. Die sächsische Regierung habe sich ja auch selbst auf den Standpunkt der Commission gestellt, indem der Minister v. Fabrice erklärt habe, daß es nöthig sei, die Zustimmung des Reichstages einzuholen.

Abg. Grumbrecht hält dies Recht für ganz selbstverständlich und folgend aus dem allgemeinen Princip des constitutionellen Staates, so daß es gar nicht darauf ankomme, ob es verbotenus im Gesetz ausgesprochen sei.

Abg. Richter (Hagen) hebt hervor, daß nach dem Scheitern des Etatgesetzes vor zwei Jahren und den vielen Differenzpunkten, die sich thatsächlich in den Debatten ergeben hätten, es zweifelhaft sei, ob man nicht zweckmäßiger von Fall zu Fall entscheide. Jedenfalls sei bei einer Erledigung derartiger Fragen beim Budget das Recht des Reichstages viel gesicherter. Nachdem durch die heutige Erklärung des Präsidenten des Reichskanzleramtes den Anträgen der Commission der Boden unter den Füßen weggezogen sei, könne er nur für vorläufige Ablehnung der Position stimmen und die Entscheidung auf die dritte Lesung vertagen.

Abg. Dr. Wehrenpfennig tritt dieser Ansicht bei.

Abg. Dr. Lasker beantragt Zurückverweisung an die Commission, damit sich die Regierung auf eine bessere Erklärung vorbereiten könne; sollte dieselbe nicht erfolgen, so könnte man dann die Position bis zum nächsten Jahre zurückstellen, da ja bis dahin jedenfalls das Etatgesetz, wie er es für durchaus nothwendig halte, vorgelegt sein würde.

Abg. Hänel betont, daß es sich hier nicht um technische Schwierigkeiten handle, sondern lediglich um die Zustimmung des Reichstages zum Tausch, und diese müsse so lange abgelehnt werden, bis die Regierung das Recht der Zustimmung dem Reichstage zuerkenne.

Abg. Ackermann bittet, die Lösung der Frage nicht von vornherein abzuschneiden, da sich vielleicht eine Verständigung mit der Regierung erzielen lassen.

Abg. Dr. Lasker hebt hervor, daß es sich nicht blos um die Bewilligung des Tausches handle, sondern um die Entscheidung eines wichtigen Princips, des Rechtes der Zustimmung oder Ablehnung, und dazu sei Ueberlegung erforderlich. Auch müsse man gegenüber dem correcten Vorgehen der sächsischen Regierung Rücksicht nehmen.

Der Antrag Lasker auf Zurückverweisung in die Commission wird angenommen.

Die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern werden ohne erhebliche Discussion nach dem Vorschlage der Commission genehmigt. Beim Capitel 17 der Einnahme aus dem Münzwesen nimmt das Wort:

Abg. Bamberger: Nachdem wir die Denkschrift des Bundesraths über die Durchführung der Münzreform erhalten haben, halte ich den Augenblick für gekommen, diese wichtige Angelegenheit in eingehender Weise hier zu behandeln. Bei dem losen Zusammenhang zwischen Parlament und Regierung erscheint es mir um so mehr nothwendig, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Ausführung des Münzgesetzes zu richten, als dieselbe eine äußerst schwierige ist. Man hat sich in den verschiedensten Zweigen des Verkehrs bereits gefragt und an mich sind wegen meiner starken Betheiligung an dem Zustandekommen des Münzgesetzes eine Menge von Beschwerden gerichtet worden, die in der Frage gipfelten, ob nicht zu viel Scheidemünzen aus Nickel und Kupfer in dem Münzgesetze vorgesehen sind. Nach Art. 5 dieses Gesetzes sollen an solchen Münzen $2\frac{1}{2}$ Mark pro Kopf der Bevölkerung ausgeprägt werden. Ich glaube, es ist diesem Gegenstande von vornherein nicht die Aufmerksamkeit geschenkt worden, die ihm gebührt hätte. Man stützte sich bei den Berathungen auf die Erklärungen des Bundesraths, der sich wieder auf die Bestimmungen der Münzconvention von 1857 berief. Jedenfalls hat sich ein großer Ueberfluß an Kupfermünzen und zum Theil auch Nickelmünzen bemerkbar gemacht. Auch die Regierung selbst scheint dies schon gefühlt zu haben, denn sie hat mit der Vertheilung der ausgeprägten Kupfermünzen innegehalten.

Die Vertheilung der Kupfermünzen ist um 2 bis 3 Millionen Mark, die der Nickelmünzen um 5 bis 6 Millionen hinter dem gesetzlichen Quantum zurückgeblieben. Wir thäten am besten, auch die Ausprägung dieser Münzen vorläufig ganz einzustellen, bis sich Klagen über Mangel an diesen Münzen erheben sollten. Es sind bis jetzt etwa 10 Millionen Kupfermünzen ausgeprägt, während nur gegen 3 Millionen eingezogen worden sind. Dazu kommt, daß früher viel mehr Kupfermünzen nothwendig waren als jetzt, da wir nur das Einpfennig- und das Zweipfennigstück haben. Von einer Vermehrung des Vorrathes an Silbermünzen, der 420 Millionen Mark beträgt, scheint die Regierung selbst Abstand genommen zu haben, da sie gewiß auch überzeugt ist, daß wir über das Quantum von 10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung nicht hinausgehen können. Vor Allem werden wir aber auch mit der Ausprägung von silbernen Fünfmarkstücken vorläufig einzuhalten haben; es scheint, als ob die Regierung bis jetzt mit der Ausprägung stetig fortgefahren ist. Meine frühere Behauptung, daß das silberne Fünfmarkstück etwa nur $3\frac{3}{5}$ Mark Silberwerth habe, ist zwar heute in Anbetracht der veränderten Conjuncturen bezüglich des Silberwerths dahin zu modificiren, daß es jetzt 4 Mark 10 Pfennige wirklich werth ist. Aber dieser Umstand ändert meine Ansicht über die Einstellung des Ausprägens dieser Münze nicht. Das Silber verliert immer mehr den Charakter eines solchen Metalls, welches sich zum Ausmünzen eignet. Bedenklich scheint mir, daß das Reich durch das Münzgesetz verpflichtet wird, Silbermünzen, wenn sie in einem Betrage von mindestens 200 Mark präsentirt werden, jederzeit gegen Gold einzulösen. Bis jetzt hat man ja von dieser Befugniß der Einlösung nur geringen Gebrauch gemacht; es können aber Zeiten kommen, in denen Veranlassung ist, daß der Handel einen sehr ausgiebigen Gebrauch von der Befugniß macht. Dazu kommt, daß auch die Reichs-Kassenscheine einer Einlösungspflicht unterliegen. Wir haben gegen 170 Millionen Mark an Reichs-Kassenscheinen ausgegeben, die wir alle in Gold einlösen müssen.

Es liegt also die Gefahr nicht so fern, daß einmal ein Mangel an Goldmünzen zur Auswechslung entstehen könnte und die zu große Circulation von kleinen Münzen kann zu denselben Mißständen führen, wie die zu große Ausgabe von Banknoten. Ich hoffe daher, daß die Regierung mit der Ausprägung der Silbermünzen, insbesondere des silbernen Fünfmarkstücks einhalten wird und erwarte eine dahin gehende bestimmte Erklärung. — Als der Reichstag das Münzgesetz berieth, herrschte in demselben eine entschiedene Neigung für das goldene Fünfmarkstück, welches nach der Bestimmung des Münzgesetzes ebenfalls ausgeprägt werden soll. Ich glaube, daß man heute gegen diese Münze kaum etwas sagen kann, was nicht bereits damals gesagt und erwogen worden ist. Nach den Beschlüssen des Bundesraths bezüglich der Ausführung des Münzgesetzes soll das goldene Fünfmarkstück einen Durchmesser von 17 Millimeter haben. Das silberne Zwanzigpfennigstück hat nur einen Durchmesser von 15 Millimeter. Von der letzteren Münze sind bereits 170 Millionen Stück ausgeprägt, also 34 Millionen Mark; es ist deshalb wohl keine unbescheidene Forderung, daß von dem goldenen Fünfmarkstück 70 Millionen Mark, also 14 Millionen Stück ausgeprägt werden möchten. Die Ausdehnung von 17 Millimeter ist nicht zu klein; das Zehnmarkstück hat nur 18 Millimeter, das französische 50-Centimesstück ebenfalls etwa 17 Millimeter. Für manche Verkehrsbedürfnisse mag das goldene Fünfmarkstück zu klein sein, aber nicht jede Münze ist für jeden Verkehr gemacht. Für Leute, die auf der Straße stehen mit kalten Händen, ist die Münze gewiß unbequem; für diese ist aber auch der papierne Fünfmarkschein nicht gut. Es gehen ungemein viele von diesen Scheinen verloren. Man hat das baierische Dreikreuzerstück in Silber ausprägen lassen, um zu zeigen, wie unpractisch eine so kleine Münze wäre. Wenn man mich aber mit diesem Beispiele schlagen zu können meint, so irrt man sich. Von den baierischen Dreikreuzerstücken sind bei der Einlösung mehr zurückgekommen, als ausgeprägt waren; es würde gewiß Niemand darüber klagen, wenn es bezüglich des goldenen Fünfmarkstücks ebenso wäre. (Heiterkeit.)

Ich hoffe also, daß endlich mit der Ausprägung des letzteren Ernst gemacht wird. Es hat sich ferner allgemein das Bedürfniß herausgestellt, die Münzen, was die ästhetische Seite betrifft, anders zu gestalten. In anderen Ländern ändert man ja auch die äußere Form der Münze, je nachdem das Bedürfniß des guten Geschmackes es verlangt. Bei uns wäre eine solche Aenderung um so mehr angebracht, als wir uns noch inmitten der Durchführung der Münzreform befinden. Man errichtet ja jetzt Schulen für alle möglichen Zweige der Bildung und des Geschmacks, um durch die Schule zur Seligkeit zu gelangen. Möge die Regierung doch einmal mit einem Beispiel von gutem Geschmack vorangehen und dem Volke ein Muster unserer Kunstindustrie in die Hand geben. Wenn wir unsere Münzen auf die Ausstellung schicken würden, so würden wir gewiß den letzten Platz bekommen. Sodann bemerke ich, daß man im Verkehr sich mit Recht darüber beklagt, daß das Zehnpfennigstück von Nickel und das silberne Fünfzigpfennigstück sich kaum unterscheiden lassen. (Zustimmung.) Ich nehme Act von der Zustimmung und hoffe, daß der Bundesrath, der zwar nicht stark, aber desto besser vertreten ist (Heiterkeit; am Tische des Bundesraths befindet sich nur der Geh. Oberregierungsrath Dr. Michaelis), eine Abänderung veranlassen wird, bei welcher zugleich der Versuch gemacht werden kann, ob nicht der deutsche Geschmack etwas Besseres zu leisten vermag, als er bezüglich der neuen Münzen bis jetzt geleistet hat. Diese Abänderung ist um so leichter zu bewerkstelligen, als erst 45 Mill. von den in Aussicht genommenen 100 Mill. Mk. an Fünfzigpfennigstücken ausgeprägt sind. Ich komme ferner auf die Frage der Benennung unserer Goldmünzen. Ich bin kein Freund davon, die Anzahl der Leichensteine von Resolutionen des Hauses noch zu vermehren, aber ich hoffe, daß der Bundesrath sich auch ohne Resolution dazu entschließen wird, dem Zwanzigmarkstück den Namen Krone und dem Zehnmarkstück den Namen halbe Krone beizulegen. Die Ausdrücke Doppelkrone und Krone sind gar nicht in Gebrauch.

Ein nothwendiges Erforderniß für ein gutes Münzmetall ist vor allen Dingen, daß es einen möglichst gleichmäßigen, keinen großen Schwankungen unterliegenden Werth habe. Während wir aber das Verhältniß zwischen Silber und Gold wie 1 : 15,5 angenommen hatten, hat sich das Verhältniß bei den niedrigsten Silberpreisen wie 1 : 20 gestellt und steht heute wie 1 : 17. Silber ist also kein Metall mehr für eine gute Münze und wir können uns nur freuen, daß wir es schon zum Theil aus unserer Circulation verbannt haben. Es ist uns von vielen Seiten vorgeworfen worden,

daß wir hauptsächlich die Schuld an dieser Entwerthung des Silbers tragen. Inzwischen haben die Untersuchungen einer vom englischen Parlament eingesetzten Commission festgestellt, daß unter den verschiedenen Gründen, welche die Erschütterung der Silberpreise hervorgerufen haben, die deutsche Demonetisirung des Silbers den letzten Platz einnimmt. In erster Linie hat darauf gewirkt die Entdeckung neuer Silberminen in Amerika und die Aenderung des indischen Budgets. Während früher hunderte von Millionen Silber nach Indien geschickt werden mußten, werden jetzt diese Zahlungen durch andere Forderungen compensirt. Also wir brauchen über das Sinken der Silberpreise gar keine Gewissenspein zu fühlen; ja ich kann sogar constatiren, daß in der Zeit, in denen das Reich am meisten verkaufte, die Silberpreise am besten standen und als es sich am Enthaltsamsten zeigte, die Preise die niedrigsten waren. Es wird nun gesagt, wir hätten bei der Münzreform einen Gewinn von 37 Millionen Mark Brutto gemacht; davon gehen ab 10 Millionen Mark für Unkosten; dagegen hätten wir Verluste beim Verkauf erlitten im Betrage von 20 Millionen Mark. Diese Ziffern sind ganz nebensächlich; sie bedeuten keinen Verlust und keinen Gewinn. Was wir beim Verkauf von Silber verloren, hätten wir auch ohne Verkauf verloren, weil die Münzen zu niedrig ausgeprägt waren. Die Zahlen sind nur Budgetposten, die nichts anderes bedeuten, als wenn wir ebensoviel Papier ausgegeben hätten. Alle Regierungen haben einen gewissen Hang zu dieser Art von Falschmünzerei, daß sie unterwerthige Silbermünzen ausprägen und nachher sagen, wir haben soviel daran verdient; einen wirklichen ökonomischen Werth haben derartige Zahlen nicht.

Was wir wirklich gewonnen haben, sind die 7 Millionen, um die wir das Gold billiger gekauft haben, als es jetzt steht. Was haben wir nun zu thun, um möglichst bald und vollkommen unsere Münzreform durchzuführen? Denn „das Interim hat den Teufel hinter ihm". Jedes Land, das Münzen von zweierlei Werth hat, ist in Gefahr, daß die gute Münze weg geht und die schlechte bleibt, so lange die schlechte Münze in einem Verhältniß vorhanden ist, das über die Dimensionen der Scheidemünze hinausgeht. Wir sind über die Zwischenperiode bis jetzt glücklich hinweggekommen, mit mehr Glück vielleicht, als Recht ist; aber es wird doch endlich Zeit sein, den Leuten den Mund zu stopfen, welche behaupten, die deutsche Münzreform werde noch im letzten Augenblicke Schiffbruch leiden. Wie die Verhältnisse in Europa augenblicklich liegen, ist für die Verwerthung von Silber als Münze beinahe jede Aussicht abgeschnitten, denn nur Spanien prägt noch silberne Courantmünzen aus; selbst die lateinische Münzconvention hat die Silberausprägung ausgeschlossen. Ich möchte nur bitten, ohne Rücksicht auf Speculationen so viel Silber als möglich stetig weiter zu verkaufen, damit wir endlich einmal zur Reichsgoldwährung kommen; dahin kommen wir nur, wenn der Verkehr vollständig mit Goldmünzen gesättigt ist. Ich aber glaube, daß die Münzreform stecken geblieben ist, weil die Regierung nicht von den richtigen Gesichtspunkten ausgegangen ist und den Verkehr nicht schnell genug von den Silberthalern befreit hat. Sie kann sie allerdings nicht scheffelweise verkaufen, sondern kann sie nur nach vollendeter Raffination als Feinsilber verkaufen; allein ich habe schon früher gerathen, man solle Münzscheine ausgeben und Silber dafür einziehen.

Ich wünsche, daß die Angelegenheit in Zukunft mit größerem Eifer und größerer Energie in die Hand genommen werden möge. Während in England circa 3 Milliarden Mark in Goldmünzen circuliren, sind bei uns erst circa 1400 Mill. ausgeprägt; rechnet man davon die 120 Mill. des Reichs-Kriegsschatzes ab und den Abfluß im Betrage von 100 Millionen, beträgt die Circulation nur 1200 Millionen Mark. Die Reichsregierung muß also dafür sorgen, daß das Silber nicht blos verkauft, sondern auch mit Gold bezahlt wird. Ich habe Sie sehr lange aufgehalten und danke für Ihre Aufmerksamkeit; ich glaube zum Schluß aussprechen zu können, das Eine davon haben wir erreicht, wir haben eine einzige deutsche Münze, und besonders in Süddeutschland spricht man nur noch von Mark, und das allein ist schon eine glorreiche wirthschaftliche und nationale That. (Beifall.)

Bundes-Commissar Geh. Rath **Michaelis**: Zunächst muß ich gegen den vom Vorredner den Regierungen gemachten Vorwurf der Falschmünzerei protestiren. Die Ausprägung von Silbermünzen über ihren Silberwerth hinaus ist nicht eine einseitige Anordnung des Bundesraths, sondern eine Maßregel der deutschen Gesetzgebung, an welcher der Reichstag ebenfalls betheiligt ist. Wäre der Vorwurf des Vorredners begründet, so würde derselbe auch den Reichstag treffen. Bei der Goldwährung werden wir immer genöthigt sein, eine Masse Silbermünzen über ihren Metallwerth als Scheidemünzen zu prägen. Will man das nicht, dann muß man die Doppelwährung einführen. Der Vorredner klagt über eine übermäßige Ausprägung der Scheidemünzen. In dem ursprünglichen Entwurf des Münzgesetzes war das Zwanzigpfennigstück nicht erwähnt. Dasselbe ist erst während der Berathungen eingefügt worden. Die ursprüngliche Normirung von 2½ Mark Scheidemünze pro Kopf war nicht in Rücksicht auf das Zwanzigpfennigstück festgesetzt, eine Consequenz für die Höhe des Betrages von Scheidemünze pro Kopf aus der Einfügung des Zwanzigpfennigstückes zu ziehen hat, die Gesetzgebung, also auch der Reichstag unterlassen.

Im Bundesrathe war aber kein Zweifel darüber, daß man weitere Consequenzen aus dieser Thatsache nicht ziehen dürfe und daß das Zwanzigpfennigstück in dem ursprünglichen Satz mit einbegriffen sei. In Folge dessen ist auch in den Münzstätten die Ausprägung von Zwanzigpfennigstücken sistirt worden. Auch die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen übersteigt nicht in dem vom Vorredner behaupteten Maße den Bedarf, die der Nickelmünzen ist bereits vor wenigen Wochen eingestellt. Man konnte ja vorher auch nicht annähernd den Betrag der circulirenden einzuziehenden Scheidemünzen tariren und man mußte sich doch vor der Einziehung mit einer genügenden Menge neuer Scheidemünzen versehen, um dem Bedarf zu genügen. Augenblicklich ist der Bedarf gedeckt und was über denselben hinaus geprägt worden ist, wird bis zum Wiedereintritt desselben in den Münzstätten reservirt werden. Uebrigens verwahrt sich der Verkehr selbst sehr gut gegen einen Ueberschuß nicht vollwerthiger Münzen. In Betreff des silbernen Fünfmarkstücks, dessen allzu reichliches Vorhandensein der Redner beklagt, steht dem Reichskanzler die Vollmacht zu, den Münzstätten die Erlaubniß zur Ausprägung derselben bis zu einem gewissen Betrage zu ertheilen. Diese Erlaubniß ist seit Monaten nicht mehr ertheilt und wenn deutsche Münzstätten noch heute silberne Fünfmarkstücke ausprägen, so geschieht das deshalb, weil sie die bereits früher ertheilte Erlaubniß noch nicht vollständig ausgenutzt haben. In der letzten Woche waren das nur zwei Münzstätten. Was die Ausprägung des goldenen Fünfmarkstücks betrifft, so wird darüber der allein competente Factor entscheiden, denn noch in dieser Woche wird dem Bundesrath eine bezügliche Vorlage zugehen. Das nöthige Gold ist bereits beschafft und, wenn ich nicht irre, der Prägestock für das goldene Fünfmarkstück schon in Arbeit. Auf die ästhetische Frage mich hier einzulassen, halte ich mich nicht für berufen.

Die Vermuthungen, welche der Vorredner über den Preis des Silbers und dessen Schwankungen aufgestellt hat, kann ich nicht als richtig anerkennen. Ich anerkenne, daß das Silber nicht geeignet ist zur Grundlage der Währung eines Staates wie das Deutsche Reich — ich könnte noch mehrere andere Staaten nennen — daß aber die Schwankungen des Silberpreises auf dem Londoner Markt mit der Natur dieses Metalles in Zukunft zusammenhängen soll, kann ich nicht zugestehen. Gegen 700 Millionen Menschen bedürfen noch jetzt des Silbers als alleiniges Zahlungsmittel. Es handelt sich blos um die augenblickliche Unterbringung unseres überschüssigen Silbers. Die Länder der lateinischen Münzconvention nehmen es nicht ab, andere Staaten haben weder Goldwährung noch Silber- oder Kupferwährung, sondern Papierwährung, also bleibt das Absatzgebiet nur das östliche Asien, Indien und China. Der Absatz dorthin hängt von der Zahl der Tratten ab, welche von dort auf Europa gezogen werden und diese regulirt sich wieder nach dem Export von dort nach Europa. Der Rest kommt auf den Londoner Markt, und wenn dieser überladen ist, dann kommen die Schwankungen des Silberpreises wie gegenwärtig. Diese werden aber aufhören, wenn jene Länder sich den durch die augenblickliche Uebergangsepoche geschaffenen Verhältnissen accomodirt haben werden. Dann wird der Silberpreis wieder ein gleichmäßiger sein. Ich gebe dem Vorredner Recht, wenn er will, daß unser überschüssiges Silber möglichst schnell verkauft werden soll, ich muß aber leugnen, daß bisher nicht alles Mögliche dazu gethan sei. Es bestand hierüber allerdings eine Meinungsverschiedenheit im Bundesrathe, bedingt durch einen augenblicklichen Zustand des Marktes, welcher jetzt gewichen ist. Was die Einziehung der alten Silbermünzen betrifft, so betrug dieselbe bis Ende September 1874 110 Millionen M., von da bis October 1875 184 Millionen und von da bis October 1876 203 Millionen. Sie bemerken eine fortwährende Steigerung. Die Eindrittelthalerstücke und Zweithalerstücke sind außer Cours gesetzt, die Einsechstelthalerstücke werden massenhaft und die Einthalerstücke so weit als möglich eingezogen. Also nicht erst jetzt, sondern seit dem Erlaß des betreffenden Gesetzes ist mit der Ausführung der Münzreform energisch vorgegangen worden. Ich habe Ihnen so eingehend wie möglich ein Bild der Lage zu geben versucht, welches Ihnen die Beruhigung geben wird, daß die Ausführung der Münzreform in zuverlässigen und energischen Händen ruht. (Beifall.)

Abg. **Reichensperger** (Crefeld) beklagt, daß anstatt des Zwanzigfrankstückes das Zwanzigmarkstück als Cardinalgoldmünze geschaffen sei. Im Auslande sei man dadurch, wie er selbst erfahren habe, vielfachen Scheerereien und Uebervortheilungen ausgesetzt.

Abg. **Bamberger** betont, daß viele Leute in dem Mißverständniß befangen seien, ein Zwanzigmarkstück gelte voll 25 Franks, das sei nicht richtig, ein Zwanzigmarkstück sei nur 24 Franks 69 Centimes werth und zu solchem Preise würde es mit unerheblichen Differenzen im Auslande acceptirt.

Abg. **Reichensperger** (Crefeld) erwidert, daß gerade diese Werthdifferenz stets einen vorherigen Accord nothwendig mache und daß man dabei meistens im Auslande übervortheilt werde.

Die Discussion wird geschlossen und sämmtliche Anträge der Budgetcommission zum Etat genehmigt.

Hierauf vertagt sich das Haus um 4¾ Uhr bis Donnerstag 11 Uhr. (Bericht der Reichsschuldencommission über den Invalidenfonds und den Fonds für das Reichstagsgebäude; Brausteuer; Fischereischonstrecken; Niederlassungsvertrag mit der Schweiz; Landeshaushaltsetat für Elsaß-Lothringen.)

Berlin, 6. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Pastor Licentiaten theol. Carl Hofmann in Frauendorf zum Superintendenten der Diöcese Stettin-Land, Regierungsbezirk Stettin, ernannt und dem Oberamtmann Faber zu Zipkeleben, im Kreise Jerichow I., den Charakter als Amtsrath beigelegt.

[Der Königliche Hof] legt heute für Ihre Königliche Hoheit die Infantin Dona Isabella Maria, Tochter weiland Sr. Majestät des Königs Johann VI. von Portugal, die Trauer auf 14 Tage, für Ihre Königliche Hoheit die Herzogin von Aosta ebenfalls auf 14 Tage und für Se. Hoheit den Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen die Trauer auf 3 Tage an.

Dem kaiserlichen Consul O. Nölke in Bombay ist auf sein Ansuchen die Entlassung aus dem Consulatsdienste ertheilt worden. — Die Consulate des Deutschen Reiches zu Hobarttown (Tasmanien) und King Georges Sound (West-Australien) sind eingezogen worden.

Dem Advocaten Schaumburg in Jork ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Buxtehude gestattet worden. — Dem Notar Ludwig Heinrich Britt in Lauterburg ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienst des Reichslandes ertheilt. Der Notar Xaver Kölsch in Fegersheim ist nach Lauterburg im Landgerichtsbezirk Straßburg versetzt.

Berlin, 6. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute den Vortrag des Geheimen Civil-Cabinets entgegen und empfingen den Oberbürgermeister von Berlin, Herrn Hobrecht. Der General-Lieutenant und General-Adjutant Prinz Krafft zu Hohenlohe wurde zur Meldung empfangen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag 11½ Uhr militärische Meldungen entgegen. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 6. Decbr. [Sitzung des Bundesraths. — Die Ausgleichsabgaben. — Die Justizgesetze. — Der Etat für Elsaß-Lothringen.] Der Bundesrath trat heute Nachmittag 2 Uhr im Reichstage zu einer Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Reichskanzleramts-Präsidenten Staatsminister Hofmann zusammen. Nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzung wurde eine Vorlage betr. die Uebersicht der Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen für 1875 den Ausschüssen überwiesen. Dann folgten Ausschußberichte über die Aufstellung monatlicher Handelsausweise, in Bezug auf welche die Ausschußanträge angenommen wurden, und über den Gesetzentwurf wegen Erhebung von Ausgleichsabgaben. Auch dieser wurde nach den Ausschußanträgen in der Beschränkung des neuen Zoll's auf Eisen und Zucker angenommen. Mündliche Berichte standen zur Verhandlung über das Gesuch des Leipziger Kassenvereins um Gestattung des Betriebes des Lombardgeschäftes in dem bisherigen Umfange, über die Vorlage betr. die internationale Ausstellung zu Paris im Jahre 1878 und über den Gesetzentwurf wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Telegraphenverwaltung. Es ist, wie man hört, die Nichtbetheiligung der Reichsregierung an der Beschickung der Weltausstellung und die Annahme des Gesetzes wegen der Telegraphen-Anleihe beschlossen worden. — Die Vertretung des Entwurfes wegen der Ausgleichungs-Abgaben im Reichstage dürften wahrscheinlich die preußischen Minister für Finanzen und für Handel, welche den bezüglichen Antrag Preußens an den Bundesrath unterzeichnet hatten, übernehmen. Es ist übrigens auch nach der Modification, welche der Bundesrath beschlossen hat, kaum anzunehmen, daß der Entwurf im Reichstage eine Majorität erlangen wird; jedenfalls wird dies zum Anlaß der Debatte über die Zölle im Reichstage führen, welche ohnedies die Petition für und wider die Sistirung der Eisenzölle veranlaßt haben würden. — Hinsichtlich der Justizgesetze finden Berathungen in zwei Gruppen statt; einerseits unter den bundesstaatlichen Justizministern, andererseits im preuß. Justizministerium. Letzteres soll den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Lesung sehr kühl gegenüberstehen, während die bundesstaatlichen Justizminister sich eher zu Concessionen bereit zeigen sollen. Heute wenigstens sind die Aussichten auf das Zustandekommen der Gesetze ziemlich trübe, indessen ändert sich das mit jedem Tage und es wird damit also das Zustandekommen der Gesetze wohl noch immer wahrscheinlich bleiben. Inzwischen hört man, daß die endgiltigen Entschließungen des Bundesrathes nicht vor dem Anfang der nächsten Woche zu erwarten sind und also die dritte Lesung kaum vor dem 13. d. Mts. im Reichstage ihren Anfang nehmen möchte. Hiermit ist indessen die Möglichkeit ausgeschlossen, die Session vor dem 20. d. Mts. zu schließen. — Zu dem Etat für Elsaß-Lothringen haben die Abgeordneten aus den Reichslanden, unterstützt vom Centrum, eine Reihe Anträge gestellt, darunter einen wegen Einführung des Reichspreßgesetzes in Elsaß-Lothringen in der nächsten Session und einen anderen auf Mitwirkung der Gemeinden bei der Aufsicht über das Volksschulwesen, gleichfalls durch einen in der nächsten Session vorzulegenden Gesetzentwurf.

Oesterreich.

Prag, 6. Decbr. [Unruhe.] Im Laufe des heutigen Tages haben in und vor der Universität abermals Zusammenrottungen stattgefunden, welche gegen Abend größere Dimensionen annahmen. Ernstliche Ruhestörungen sind indeß nicht vorgekommen. Die Polizei hielt die Zugänge zu dem Universitätsgebäude besetzt und verhinderte jede größere Ansammlung.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 4. Decbr. [Der Rücktritt des Ministeriums Dufaure. — Zur Neubildung des Cabinets.] Die Blätter sind heute voll von der Cabinetskrise. Von thatsächlichen Neuigkeiten ist freilich nicht viel mehr zu melden als gestern. Die „Agence Havas" meldet, daß in einer bei Dufaure abgehaltenen Conferenz die Minister bei ihrem Entschlusse, zurückzutreten, verblieben sind und daß Dufaure sofort den Marschall-Präsidenten hiervon in Kenntniß setzte, worauf Mac Mahon die Minister ersuchte, so lange im Amte zu bleiben, bis er über ihre heute im „Amtsblatt" zu meldende Entlassung entschieden habe. Dies alles geschah gestern Nachmittag; zu gleicher Zeit hielten die drei republikanischen Fractionen gesonderte Sitzungen, um über das Verhalten der Mehrheit angesichts der Krise zu berathen. In der äußersten Linken verlangte man eine Versammlung aller republikanischen Deputirten, worin im Voraus festgestellt werden solle, unter welchen Bedingungen das neue Ministerium von der Mehrheit unterstützt werden wird. Das Programm dieser Fraction ist das gestern von der „République française' entwickelte; aufrichtige Rückkehr zu den Grundsätzen des parlamentarischen Regiments, Unabhängigkeit und Verantwortlichkeit der Minister, Anwendung der Gesetze durch ein Beamten-Personal, welches wirklich von dem Geiste der Verfassung durchdrungen ist. Das linke Centrum giebt von seinen Absichten in folgendem Protokoll Kenntniß: „Die Fraction beschloß einstimmig, daß ohne Rücksicht auf Personenfragen ihre Unterstützung nur einem Cabinet gesichert sein würde, welches entschlossen ist, das Verwaltungs- und gerichtliche Personal mit dem Geist der Mehrheit, wie sie aus den Wahlen vom 20. Februar hervorgegangen, in Uebereinstimmung zu bringen." Die eigentliche Linke hielt, man sieht nicht recht warum, ihre Berathungen geheim; ihr Programm wird aber jedenfalls nicht wesentlich von dem der anderen Fractionen abweichen. Die Mehrheit protestirt also im Voraus gegen jede Veränderung, welche den Schwerpunkt der Cabinetspolitik mehr nach rechts verlegen würde. Bemerkenswerth ist überdies ein großer Artikel der heutigen „République", worin das Organ Gambetta's die etwa möglichen Combinationen der Reihe nach untersucht. Daß Mac Mahon auf den Gedanken kommen könne, ein Ministerium der Rechten zu bilden, hält die „République" für ganz unmöglich. Ein solches Ministerium würde sofort von der Deputirtenkammer desavouirt werden; es könnte sich nur durch die Auflösung der Kammer halten, und wie das Land auf die Auflösung der Kammer antworten würde, läßt sich nach den letzten Wahlen voraussehen. Also diese Hypothese muß ganz bei Seite bleiben. Wenn man auf die letzten parlamentarischen Vorgänge zurückblickt, so erkennt man, sagt das Gambettistische Blatt weiter, daß eigentlich nur zwei Minister sich unmöglich gemacht haben, nämlich Dufaure und der Kriegs-Minister Berthaut. Die Mehrzahl ihrer Collegen könnte also in das neue Cabinet wieder eintreten; sogar der Duc Decazes, dessen Anhänglichkeit an die Republik sehr verdächtig ist, dürfte sein Portefeuille behalten, denn er ist bei den letzten Zwischenfällen nicht persönlich betheiligt gewesen, und wenn man zu Anfang dieses Jahres sein Verbleiben im Ministerium aus Gründen der auswärtigen Politik für nöthig hielt, so ist dies Argument im gegenwärtigen Augenblicke noch in höherem Maße stichhaltig. Dagegen wäre der Duc Decazes nicht der Mann, dem man den Vorsitz im Conseil, die Leitung der Regierungspolitik anvertrauen könnte; ein Cabinet, worin sein Einfluß dominirte, würde von der Kammer schlecht aufgenommen werden. Wer soll dann die Leitung übernehmen? Man hat von dem Eintritt neuer Persönlichkeiten gesprochen, insbesondere sind die Namen d'Audiffret-Pasquier, J. Simon und Duclerc genannt worden. D'Audiffret-Pasquier scheint wenig geneigt, eine Aufgabe zu übernehmen, die für ihn große Schwierigkeiten haben würde; seine Besorgnisse sind nicht grundlos. Jules Simon und Duclerc gehören beide der Majorität an; der eine würde sich durch seine Geistesgeschmeidigkeit und sein Talent, der andere durch seine Verbindungen und sein Ansehen in der republikanischen Partei empfehlen, aber in Betracht ihrer besonderen Fähigkeiten würde ihr Eintritt ins Cabinet eine ganz neue Vertheilung der Portefeuilles veranlassen; es wäre also klüger, den künftigen Conseilpräsidenten in dem bisherigen Ministerium selber zu suchen. Gegen Leon Say z. B. hätte die „République" nichts einzuwenden; alle republikanischen Fractionen, meint sie, würden bemüht sein, demselben seine Aufgabe zu erleichtern. Was die Nachfolger Dufaure's und Berthaut's für die Portefeuilles der Justiz und des Krieges angeht, so werden sie sich leicht unter den Fachmännern der beiden Versammlungen finden lassen. So das Gambetta'sche Blatt. Die reactionairen Blätter fallen um die Wette über de Marcère her, weil derselbe in der Sonnabendsitzung die mit Enthusiasmus von den Republikanern votirte Tagesordnung Laussedat's angenommen habe, ohne von seinen Collegen dazu ermächtigt zu sein. Die Sache scheint sich in der That so zu verhalten. Auf der Ministerbank saßen nur de Marcère, Leon Say und Fourichon, als der Laussedat'sche Antrag gestellt wurde. Man kannte den Antrag schon Tags vorher, aber im Ministerrath soll er nicht zur Sprache gekommen sein; de Marcère wechselte nur einige Worte mit Leon Say, ehe er auf die Tribüne stieg, um die Tagesordnung anzunehmen (Fourichon hielt einen Nachmittagsschlummer, versichern die bösen Zungen). Erst als das Votum erfolgt war, erfuhren die anderen Minister von dem Geschehenen; mehrere derselben zeigten sich sehr aufgebracht, namentlich Berthaut und der Duc Decazes ging in dem Saale der Pas perdus umher, um den Mitgliedern der Rechten sein Leid zu klagen. Der „Figaro" und der „Gaulois" behaupten sogar, er habe de Marcère gesagt: „Ich will mich nicht von Ihnen in den Koth ziehen lassen!" Das klingt übertrieben, und übertrieben ist es jedenfalls auch, wenn das erstgenannte Blatt versichert, die Cabinetskrise sei am Sonnabend Mittag schon ganz beigelegt gewesen; erst der Geniestreich de Marcère's habe den Rücktritt des Ministeriums unvermeidlich gemacht. Es ist gewiß, daß Dufaure und Berthaut schon am Freitag entschlossen waren, auf keinen Fall ihr Portefeuille zu behalten. Natürlich beschuldigt man de Marcère, sich zum Werkzeug der Intrigue gegen Dufaure, von dem schon seit längerer Zeit gefabelt wird, hergegeben oder wenigstens in einer rein egoistischen ehrgeizigen Absicht gehandelt zu haben. De Marcère aber entschuldigt seinen Schritt damit, daß er die Situation aufklären wollte und daß die Annahme der Tagesordnung ihm als die natürliche Folgerung des vom Gesammtministerium beschlossenen Verzichts auf das Bestattungsgesetz erschienen sei. Diese Angelegenheit könnte weitere Folgen haben, wenn es wahr ist, was man erzählt, daß nämlich Victor Lefranc heute auf die Tribüne steigen wolle, um die Aufhebung des Votums über die Tagesordnung Laussedats zu verlangen, weil de Marcère zu seiner Erklärung nicht von den Collegen ermächtigt worden. Man sieht der Sitzung mit Spannung entgegen. Bei aller Aufregung in den parlamentarischen Kreisen und in der Presse muß doch constatirt werden, daß das große Publikum sich nur wenig um die Krise bekümmert und keine ernsten Folgen von derselben zu befürchten scheint.

Großbritannien.

* **London**, 4. Dec. [Zum Schulwesen.] Mit Ausnahme des Bezirks Marylebone liegen nun die Ergebnisse der Wahlen zum Schulamte für ganz London vor. Sie sind einiger Maßen überraschend. Die Coalition der Constitutionellen mit der Sparsamkeitspartei nahm sich so mächtig aus, daß ihr eine Stimmenmehrheit wahrscheinlich erschien und schon ernstlich von der Aussicht einer Umkehr der bisher befolgten Politik gesprochen wurde. Aber nun hat die Schulamtspartei über die Freunde der freiwilligen Schule gesiegt, und es ist somit nicht nur der Umkehr zum Confessionalismus und zu der Befreundung der freiwilligen Schulen vorgebeugt, sondern die Schulamtspartei tritt die neue Amtszeit sogar mit gestärkten Kräften an. In der Hauptsache wird die Politik der wichtigen Behörde voraussichtlich dieselbe bleiben. Denn nicht alle Schulamtspartisanen sind Anhänger der Umstoßpartei, crasse Anticonfessionelle und Freunde des absoluten Schulzwangs unter allen Umständen.

[Zur Franklin'schen Expedition.] Dem „East Aberdeenshire Observer" zufolge haben die schottischen Walfischfänger in diesem Jahre eine neue Spur der Franklin'schen Expedition entdeckt. Im Cumberland-Golf soll ein Eskimo Namens Tyson berichtet haben, daß ein Stamm seines Volkes, welcher erheblich weiter nordwärts wohnt, vor vielen Jahren einen Engländer Namens Crosier erst längere Zeit gefangen gehalten und dann ermordet habe. Der Häuptling des Stammes aus jener Zeit soll noch leben. Crosier war zweiter Offizier des Franklin'schen Expeditionsschiffes Ahoy.

[Vom Hofe.] Die Königin wird heuer das Weihnachtsfest nicht wie üblich auf der Insel Wight verleben, da in Barton, wo ein Theil der Königl. Dienerschaft wohnt, wenn der Hof in Osborne weilt, das Typhusfieber ausgebrochen ist. Man erwartet, die Monarchin werde unter den Umständen 7 oder 8 Tage während der Weihnachtssaison im Schloß Clairemont unweit Esher zubringen. — Prinz Leopold ist durch ein heftiges Beinleiden verhindert ans Hoflager in Windsor zu kommen. Die Königin fährt fort, die günstigsten Berichte über das Befinden der Herzogin von Edinburgh und der neugeborenen Prinzessin zu empfangen.

Provinzial-Zeitung.

XXV. Provinzial-Landtag für Schlesien.

Siebente Sitzung. (Fortsetzung.)

Breslau, 6. Decbr. Uebernahme der Kreis-, Actien- und Privat-Chausseen. Seitens des Abg. Klitzing u. Gen. ist nachstehender Antrag eingegangen. Der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

Der Provinzial-Landtag hält die Uebernahme sämmtlicher Chausseen (Kreis-, Actien- und Privat-Chausseen) Seitens der Provinz unter gleichzeitiger Aufhebung der Chausseezölle, ebenso im Interesse der Gerechtigkeit wie des Verkehrs für geboten und beauftragt den Provinzial-Ausschuß die für den Zweck geeigneten Vorschläge dem nächstfolgenden Provinzial-Landtage vorzulegen.

Abg. Graf Zedlitz-Trützschler weist als Referent darauf hin, daß der Antrag der Herren Klitzing und Gen. die Entscheidung über eine Frage von der allergrößten Bedeutung für die Verwaltung des Wegewesens und für die ganze finanzielle Zukunft der Provinzial-Verwaltung enthalte. Diese Frage gegenwärtig schon zu entscheiden, liege keine Veranlassung vor, auch sei der Landtag überhaupt noch nicht genügend informirt. Aus diesen Gründen beantrage der III. Ausschuß: der Provinzial-Landtag wolle beschließen, den Antrag des Herrn von Klitzing und Genossen in folgender Fassung anzunehmen:

Behufs Vorbereitung einer eventuellen Uebernahme sämmtlicher Chausseen (Kreis-, Actien-, Privat-Chausseen) in die Unterhaltung durch die Provinz und einer Aufhebung aller Verkehrszölle wird der Provinzial-Ausschuß beauftragt, dem XXVI. Provinzial-Landtage eine Denkschrift vorzulegen, welche den Umfang der dadurch der Provinz erwachsenden Kosten klarzulegen — und falls nach dem Ermessen des Provinzial-Ausschusses eine Durchführung einer oder beider Maßregeln angezeigt erscheint, geeignete Vorschläge nach dieser Richtung zu enthalten hat.

Abg. Graf d'Haussonville empfiehlt diesen Nachtrag, da eine Maßregel, wie die durch den Klitzing'schen Antrag empfohlene nur dann entschieden werden kann, wenn man die Tragweite derselben nach jeder Richtung hin sich bewußt sei. In dieser Beziehung erinnere er daran, daß in der Provinz Schlesien Kreis-Chausseen in einer Länge von 2027 und Actien- und Privat-Chausseen in einer Länge von 1160 Kilometer vorhanden seien. Der Ausschuß für Wegeangelegenheiten unterbreite, weil er sehr wohl wisse, daß in dem Landtage ebenso entschiedene Gegner wie Freunde des Klitzing'schen Antrages vorhanden seien, mit Rücksicht darauf, daß keiner Partei genügendes sachliches Material zu einer bestimmten majorisirenden Entscheidung zu Gebote stehe, dem Landtage den Antrag in einer Form, die die Entscheidung der Principienfrage in suspenso lasse. Es seien, um über das Princip endgiltig zu entscheiden, noch eine Anzahl Fragen zu erörtern, für welche das Material noch nicht genügend vorbereitet sei. Es werde u. A. auch die Frage maßgebend sein, ob bei Privat-Chausseen auch das öffentliche Interesse so weit in Frage komme, daß eine volle Uebernahme geboten und angemessen erscheine. Viele der Privat-Chausseen seien annexe wirthschaftliche Unternehmungen, sodaß ihre Unterhaltung eigentlich zu den Betriebsausgaben dieser Unternehmungen gehöre und in diesem Falle könne der Provinz die Uebernahme nur insoweit zugemuthet werden, als solche Chausseen auch dem öffentlichen Interesse dienen. Mit Rücksicht auf das Verkehrsinteresse liege gar kein Grund vor, sich auf die Aufhebung der Chausseezölle zu beschränken, man müsse dann auch die Aufhebung der Brücken- und anderer Zölle in den Kreis der Berathung ziehen.

Abg. Landrath Graf Pückler beantragt: Der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

Den Antrag des 3. Ausschusses, bezüglich des v. Klitzing'schen Antrages mit folgender Abänderung anzunehmen:

behufs Vorbereitung der Uebernahme zur Unterhaltung sämmtlicher Chausseen (Kreis-, Actien-, Privat-Chausseen) durch die Provinz nebst Aufhebung aller Verkehrszölle wird der Prov.-Ausschuß beauftragt, dem 26. Prov.-Landtag eine Denkschrift vorzulegen, welche den Umfang der dadurch der Provinz erwachsenden Kosten klarzulegen — und falls nach dem Ermessen des Prov.-Ausschusses die Durchführung dieser Maßregel angezeigt erscheint, geeignete Vorschläge nach dieser Richtung zu enthalten hat.

Vom Abg. Graf Pfeil geht der Antrag ein, der Prov.-Landtag wolle beschließen:

den Antrag des Wegebau-Ausschusses unter Weglassung der Worte „und eine Aufhebung der Verkehrszölle" anzunehmen.

Abg. Schimmelpfennig stellt den Antrag:

Für den Fall der Ablehnung des Antrages der Herren v. Klitzing u. Gen. die durch den 3. Ausschuß beantragte Fassung wie folgt zu amendiren:

hinter „wird der Prov.-Ausschuß beauftragt" einzuschieben: „mit den gegenwärtigen Besitzern jener Chausseen in geeignete Verhandlungen einzutreten" und ferner hinter den Worten: „Kosten klar zu legen" den Satz „falls nach dem Ermessen des Prov.-Ausschusses eine Durchführung einer oder beider Maßregeln angezeigt erscheint" vollständig zu streichen.

Abg. v. Klitzing bittet, unter allen Umständen das in seinem Antrage ausgesprochene Princip als richtig anzuerkennen.

Abg. Landrath Graf v. Pückler muß zwar die Opportunität der Entscheidung über das Princip verneinen, erklärt sich jedoch in erster Linie für den Antrag Klitzing. Einer Durchführung desselben stehe auch der Umstand nicht entgegen, daß die Privat-Chausseen auf Grund königlicher Privilegien ausgeführt seien.

Abg. Graf d'Haussonville glaubt, daß der Landtag das Princip werde anerkennen müssen, die Aufhebung der Privatzölle sei nur eine Frage der Zeit und werde jedenfalls früher oder später erfolgen müssen.

Abg. Gobbin ist dem Wegeausschusse dankbar, daß er den Landtag nicht in die Nothwendigkeit versetze, schon heut definitiv über die Frage entscheiden zu müssen. Man müsse doch praktisch vorgehen und sich zuerst die Frage vorlegen, ob die Maßregel auch durchführbar sei. Jedenfalls würden die Stadtkreise bei der Durchführung das größte Opfer zu bringen haben, denn ihnen würden neue Steuern auferlegt werden, ohne den geringsten Vortheil davon zu haben.

Abg. v. Ysselstein erklärt sich für den Antrag des Wege-Ausschusses. Der Antrag Klitzing sehe ungeheuer unschuldig aus, verpflichte die Provinz für die Zukunft sehr bedeutend. Sie würde etwa 400 Meilen Chaussee übernehmen müssen. Nach eingezogenen Erkundigungen betragen die Unterhaltungskosten pro Meile und Jahr etwa 600 Thlr. Das sei billig gerechnet, ergebe aber doch eine Summe von 720,000 Mk. und würde eine Erhöhung der pro 1877 ausgeschriebenen Provinzialsteuern um 200 pCt. involviren. Mit Rücksicht darauf sei ein Eingehen auf den Antrag Klitzing nichts Anderes, als mit verbundenen Augen in einen finanziellen Abgrund springen.

Nachdem noch die Abgg. Graf Pfeil und v. Röder zur Sache gesprochen, wird der Schluß der Discussion angenommen.

Referent Abg. Graf v. Zedlitz bemerkt, er sei überzeugt, wenn gegenwärtig eine Entscheidung über das Princip erfolge, diese zu Ungunsten der Unterzeichner des Antrages Klitzing erfolgen werde und diese dann sich in einer ungünstigeren Position befinden werden, als jetzt. Er sei selbst für die Aufhebung der Chausseezölle und die Uebernahme der Kreis- 2c. Chausseen, aber man müsse ihm den Beweis beibringen, daß dieselben thatsächlich möglich seien.

Der von dem Abg. Graf Henckel von Donnersmarck gestellte Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Klitzing findet nicht die ausreichende Unterstützung.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung aller übrigen Anträge der Antrag des Wege-Ausschusses mit großer Majorität angenommen.

(Schluß folgt.)

H. **Breslau**, 6 Decbr. [Vorträge des Protestanten-Vereins.] Die Reihe der vom Protestanten-Verein alljährlich veranstalteten Vorträge eröffnete in diesem Jahre vor einem ziemlich zahlreichen Publikum Diakonus Schönwälder aus Görlitz mit einem Vortrage über seinen Landsmann „Jacob Böhme", der zu den eigenartigsten Erscheinungen gehöre, die unser deutsches, an originellen Geistern doch wahrlich nicht armes Volk hervorgebracht hat, so eigenartig, daß ein längeres Studium nothwendig sei, um in die oft seltsamen Gänge seines Ideensystems einzudringen. Redner führte in frischer, lebendiger Sprache seinem aufmerksamen Auditorium den Mystiker und Theosophen vor, indem er zunächst einen Blick auf die Zeit, in welche sein Leben fällt, warf, sodann die geistige Entwickelung des „Schusters" darlegte, mit den eigenen Worten des Theosophen die allgemeinen Grundanschauungen seines Gedankensystems darlegte und endlich seine Kämpfe mit seinen orthodoxen Gegnern, namentlich dem Görlitzer Pastor primarius George Richter schilderte.

—d. **Breslau**, 6. Decbr. [Bezirksverein des östlichen Theiles der inneren Stadt.] In der am 5. d. M. im Hotel de Silesie unter dem Vorsitz des Kaufmanns Wohlauer abgehaltenen Versammlung wurde zunächst mitgetheilt, daß die vom Verein aufgestellten Candidaten zu Stadtverordneten gewählt worden sind. Von den Gewählten waren Dankschreiben eingegangen. Herr Hermann Hainauer hielt demnächst einen eingehenden Vortrag über die Schlachtsteuerfrage. Der Vortragende resumirt dahin, daß 1) die Schlachtsteuer als Communalsteuer für Breslau beizubehalten sei, daß 2) durch Errichtung von Central-Schlachthäusern in ausreichender Weise dafür gesorgt werde, daß die Bewohner von Breslau gutes, gesundes Fleisch zu angemessenen Preisen erhalten und daß 3) die Kosten für die Herstellung der centralisirten Schlachthäuser und der daselbst einzuführenden obligatorischen Fleischschau durch einen entsprechenden Gebühren-Tarif gedeckt werden, den Fleischern aber selbst überlassen bleibt, sich durch eine Assecuranz bezüglich des ungesund befundenen Fleisches zu sichern. Herr Dr. Steinitz hält die Gründung von Central-Schlachthäusern vom sanitären Standpunkt für durchaus nothwendig, damit eine Controle über die Qualität des Fleisches zu ermöglichen sei. Auch die Fleischverkaufslocale müßten einer genauen sanitätspolizeilichen Controle unterzogen werden. Das Urtheil des Fleischermeisters Schadow ging dahin, daß es für die Fleischer besser sei, die Schlachtsteuer würde aufgehoben, dagegen liege es im allgemeinen Interesse, wenn sie beibehalten würde. Commercienrath Fromberg hält bei der derzeitigen finanziellen Lage der Stadt Anträge auf Errichtung von Central-Schlachthäusern für undurchführbar. Nach einer weiteren Debatte spricht sich die Versammlung unter Ablehnung eines Antrages des Herrn Zadig einstimmig für Beibehaltung der Schlachtsteuer aus. Von diesem Beschlusse sollen die städtischen Behörden in Kenntniß gesetzt werden. — Ein Antrag des Herrn Heynke, dahin zu wirken, daß in Verbindung mit dem neuen Wasserhebewerk, dessen warmes Wasser zu benutzen sei, eine communale Bade-Anstalt errichtet werde, wurde nach dem Beschluß der Versammlung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Herr Heynke spricht seinen Tadel darüber aus, daß der Säulengang auf der ersten Terrasse der Liebichshöhe zur Aufbewahrung des Mobiliars des Restaurateurs benutzt werde. Dadurch gewähre dieser Säulengang nicht nur einen höchst unschönen Anblick, sondern könne im Winter Seitens des Publikums nicht benutzt werden. Nach Erledigung des Fragekastens wird die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

[Dementi.] Die durch die Zeitungen laufende Notiz, daß das Entlassungs-Gesuch des Oberpräsidenten von Schlesien, Grafen von Arnim-Boitzenburg, mit Differenzen mit dem Minister des Innern in Zusammenhang steht, wird der „Kreuzzeitung" aus sicherer Quelle als völlig grundlos bezeichnet.

---

* **Lauban**, 5. Decbr. [Zur Tageschronik.] Vergangenen Sonntag fand in Marklissa eine Weihnachtsausstellung Gewerbtreibender statt. — In der Nacht vom Sonntag zum Montag brach am letztgenannten Orte Feuer aus. Es brannten neben dem Gasthofe zum schwarzen Adler (Markt) noch vier Wohnhäuser nieder. — Zu Kreistags-Abgeordneten der Stadt Lauban sind die Herren: Bürgermeister Feichtmayer, Gymnasial-Director Hoppe und Stadtrath Salomon ernannt. — Herr Apotheker Menzel hat sein Amt als Stadtrath niedergelegt. — Bei der letzten Turnübung brach ein Malerlehrling das Bein. — Vorigen Montag verunglückte ein Klemptner-Geselle, indem er beim Ausbessern einer Dachrinne mit der Leiter zu Boden stürzte. Beide Verunglückte fanden Aufnahme im städtischen Hospital. — Die Sitzungen des hiesigen Gewerbe-Vereins werden recht zahlreich besucht und ist der Verein fortwährend im Zunehmen begriffen. Die Zahl der Mitglieder beträgt schon über 400. In der letzten Sitzung hielt Herr Diakonus Thusius einen Vortrag über den Verfall Spaniens.

---

† **Löwenberg**, 5. Decbr. [Verschiedenes.] Zu Kreistags-Abgeordneten für den Wahlverband des Großgrundbesitzes wurden neulich gewählt: v. Cottenet-Braunau, Graf v. Nostitz-Zobten, Freiherr v. Seherr-Thoß-Wiesenthal, Polenz-Neundorf, Scholz-Görrisseiffen, Friedrich-Hohendorf und Reuning-Dippelsdorf. — Herr Kreisgerichts-Arzt Michaelis-Bunzlau hatte sich durch seinen am 16. d. Mts. hierselbst erstatteten Rechenschafts-Bericht über seine Thätigkeit als Landtags-Abgeordneter die Sympathien seiner Wähler in so hohem Grade erworben, daß seine Wiederwahl mit einer Majorität von 292 erfolgte. Es steht demnach in sicherer Aussicht, daß bei der nächst stattfindenden Reichstagswahl seine Wiederwahl als Reichstags-Abgeordneter ebenfalls gesichert ist. — Der in weiten Kreisen bekannte homöopathische Arzt Dr. Speer-Deutmannsdorf ist nach längeren Leiden am vergangenen Sonnabend verstorben. — An Stelle des verstorbenen Baumeisters Hinzpeter ist dieses Amt dem königl. Baumeister Herrn Jungfer aus Stralsund übertragen worden.

A. **Jauer**, 5. Decbr. [Verschiedenes.] Das durch den Tod des Dr. Waldhaus erledigte Kreis-Physikat ist noch unbesetzt und da ein anderer sonst vielbeschäftigter Arzt auch seit einem Jahre schwer erkrankt ist, so haben wir gegenwärtig gerade keinen Ueberfluß an Aerzten. — Unsere Stadt hat wieder einen ihrer besten Bürger durch den Tod verloren, den Partikulier Kiesewalter, einen Mann, der dort, wo es galt, im Gemeinwesen der Stadt, im Wohl der Bürgerschaft etwas Gutes, etwas Tüchtiges zu schaffen, allzeit bereit war, seine ganze Kraft einzusetzen. Seine Begeisterung dafür war kein schnell aufflammendes Strohfeuer, auch keine aus Selbstsucht entstandene, wie wir das gleich überall auch hier finden; er setzte bis an sein Ende seine Thätigkeit für die von ihm zum Theil gegründeten, geförderten und materiell unterstützten Institute, wie den Männer-Turnverein und die freiwillige Feuerwehr, fort. Am Sonntage wurde er unter allgemeinster Theilnahme zur Erde bestattet. — Endlich ist bei uns die obligatorische Fleischbeschau eingeführt und sechs Fleischbeschauer zur amtlichen Thätigkeit bevollmächtigt worden. — Für die Unterhaltung an den langen Winterabenden sorgen außer dem Theater nur noch der Gesangverein und die Liedertafel. Ersterer, welcher einen sehr großen Kreis inactiver Mitglieder zählt, beging in diesen Tagen sein Stiftungsfest durch Concert und Ball. Bei dem Concert wurde „Erlkönigs Tochter" von Niels Gade unter Mitwirkung des Fräulein Brier aus Breslau, einer achtungswerthen Sängerin, sehr gut aufgeführt. Ebenso kamen Chorlieder, Quartette und Soli's der einheimischen vortrefflichen Kräfte zum Vortrage. Wie wir hören, steht zum Frühjahr Seitens des Vereins die Aufführung des „Elias" von Mendelssohn in Aussicht.

Δ **Schweidnitz**, 5. Decbr. [Syndicusposten. — Kirchliche Wahlen. — Kirchengesang. — Vacante Rectorposten.] Der zum Syndicus und Kämmerer unserer Stadt erwählte Kreisrichter Philipp aus Kempen hat am 1. d. Mts. sein Amt angetreten. Seine definitive Einführung erfolgt übermorgen in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten. Somit ist der Magistrat nach fünfmonatlichem Interimisticum wieder vollzählig. — Die Termine für die Ersatzwahlen der aus dem Kirchengemeinde-Rath und der Kirchengemeinde-Vertretung in der evangelischen Parochie der Dreifaltigkeits- oder Friedenskirche ausscheidenden Mitglieder sind auf die ersten beiden aufeinander folgenden Sonntage des neuen Jahres angesetzt. Wegen des großen Umfanges der Parochie — es gehören dazu, außer der evangelischen Stadtgemeinde die evangelischen Gemeinden von 39 Dorfschaften — hat der Kirchengemeinde-Rath es für zweckmäßig erachtet, die Wahlen nicht auf einen Sonntag zusammenzudrängen. Es scheiden nach dreijähriger Amtirung sechs Mitglieder des Kirchenrathes und 18 Mitglieder der Gemeindevertretung aus. — Da die Zöglinge der Stadtschulen während der Schulstunden nicht mehr zu kirchlichen Functionen herangezogen werden sollen, so hat der Kirchenrath und die Gemeindevertretung darauf Bedacht genommen, die Chorknaben während der Schulzeit durch einen Männerchor zu ersetzen. — Die Meldungen für die beiden vacanten Rectorposten an den evangelischen Volksschulen sind ziemlich zahlreich eingegangen, und zwar in größerer Anzahl für die Volksschule und Mittelschule der Knaben, als für die der Mädchen, ungeachtet die Anforderungen für diesen Posten höher gestellt waren. Es wird zunächst die Besetzung des letztgedachten Postens ins Auge gefaßt und es werden mehrere der Bewerber zur persönlichen Präsentation, resp. zu einer Probelection veranlaßt werden.

J. P. **Glatz**, 4. Dec. [Selbstmord. — Witterung.] Vorgestern Mittag hat der Handlungsdiener Mandel aus Habelschwerdt, in Condition beim Kaufmann Tausewald hierselbst, in der Waarenremise sich erhängt. — Seit acht Tagen ist die Temperatur in einer Weise gestiegen, wie wir dies um diese Zeit nicht gewohnt sind. Vorgestern Abend 10 Uhr zeigte das Thermometer + 8° bei SW. 1, bedecktem Himmel und Regen, gestern Nachmittag 2 Uhr sogar + 8°,8 bei W. 1 und zeitweise bewölktem Himmel, während der Luftdruck ein so tiefer ist, wie wir ihn hier seit vielen Jahren noch nicht gehabt haben. Heut früh 6 Uhr betrug der Barometerstand nur 326''',80 und heut Nachmittag 2 Uhr 326'''25 bei NO. 1. Es werden daher wohl arge Stürme folgen. Vorgestern und gestern fanden bedeutende Niederschläge statt. Die Durchschnitts-Temperatur des Novembers betrug hier + 0°,19, im vorigen Jahre aber + 1°,30; es war also der vorjährige November durchschnittlich 1°,11 wärmer, als der diesjährige. Im vorigen Jahre betrug die Durchschnittstemperatur der ersten drei Tage des Decembers — 4°,73, in diesem Jahre aber + 5°,01, also ein Unterschied von beinahe 10 Grad. Die höchste Temperatur im November d. J. notirten wir am 18., Nachmittags 2 Uhr, mit + 6°,3 bei Nord 1, Nebel und bedecktem Himmel, die niedrigste aber am 13., früh 6 Uhr, mit — 9°,9 bei heftigem Südwinde, während wir den höchsten Barometerstand am 23. Abends mit 334''',75, den niedrigsten aber am 1. früh mit 328''',30 notirten. Der mittlere Barometerstand im November d. J. betrug also 331''',52, im November vorigen Jahres aber nur 330''',52. Im November d. J. zählten wir nur 2 ganz heitere, dagegen 14 trübe Tage mit ganz bewölktem Himmel, 7 Tage mit zeit- und theilweise bewölktem Himmel und 7 Tage mit veränderlicher Witterung. Ferner notirten wir Nebel an 12 Tagen, Regen an einem Tage, Schnee und Regen an einem Tage, Schnee an 7 Tagen und Reif an einem Tage. Endlich notirten wir Nordwind an 5, Nordost- an 7, Ost- an 2, Südost- an 9, Süd- an 9, Südwest- an 5, West- an 6 und Nordwestwind an 6 Tagen.

X. **Neumarkt**, 6. Decbr. [Berichtigung.] Bezüglich meines vorigen Referats über die Feier des 25jährigen Amtsjubiläums unseres Herrn Landraths bin ich in einem Punkte falsch informirt worden, weshalb ich eine Berichtigung wie nachstehend bringen muß. Am Vorabende des Festes haben die Herren Lehrer ihm nicht ein werthvolles Album mit ihren Photographien überreicht, sondern eine kunstvoll ausgeführte, vom hiesigen Cantor Herrn Zimbal verfaßte, in Spiegel's artistischem Institut in Breslau gefertigte Glückwunsch-Adresse mit den Namen sämmtlicher Lehrer und Lehrerinnen des Kreises. Beim Eintritt des Herrn Jubilars in den Festsaal des Kreis-Ständehauses begrüßten ihn die Anwesenden mit dem schönen Liede: „Gott grüße Dich", worauf Herr Lehrer Klimke die Ansprache hielt, der die Ueberreichung der Adresse folgte. Den Schluß bildete das Lied von Schnabel: „Ehre sei dem Hocherhabenen." Den Gesang dirigirte Herr Cantor Zimbal.

⊙ **Trebnitz**, 6. Decbr. [Zur Reichstagswahl. — Jubiläum. — Vereinsleben.] Obschon die liberale Partei des hiesigen Wahlkreises bei der für das Haus der Abgeordneten stattgefundenen Wahl mit ihrem Candidaten unterlegen, beabsichtigt dieselbe doch wieder in die Wahl-Campagne zu gehen, um den für die Reichstagswahl aufgestellten liberalen Candidaten, Kreis-Schulinspector Dr. Vogt in Militsch durchzubringen. Derselbe soll auf eine dieserhalb an ihn gerichtete Anfrage sich sofort bereit erklärt haben, ein Mandat für den deutschen Reichstag anzunehmen, es ergeht daher an die liberalen Wähler des Trebnitz-Militsch-Trachenberger Wahlkreises vor Allem die dringende Bitte: sich recht zahlreich an der Wahl zu betheiligen und für Herrn Dr. Vogt einen Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen. — Am heutigen Tage waren es 25 Jahre, daß unser allbeliebter Kreisgerichts-Director Jüngling das Directorat des hiesigen Königl. Kreisgerichts übernahm und obgleich der geehrte Jubilar sich aufs Dringlichste jede officielle Feier verbeten, konnte der noch in vollster Rüstigkeit stehende Jubilar doch nicht verhüten, daß ihm aus Anlaß dieses „Director-Jubiläums" von den verschiedensten Seiten zahlreiche Ehrenbezeugungen zu Theil wurden. — Bei der kürzlich vom hiesigen kath. Gesellenverein zum Besten des kath. Waisenhauses veranstalteten, sehr besuchten theatralischen Aufführung ist die runde Summe von 138 Mark vereinnahmt worden. — Im hiesigen Gewerbeverein hielt Herr Lehrer Eichholz einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „den Menschen". — In derselben Versammlung wurden 20 Mk. für einen oder mehrere der fleißigsten Lehrlinge der hiesigen Handwerker-Fortbildungsschule als Prämien bewilligt.

ꝛ **Guhrau**, 5. Decbr. [Kreistags-Ergänzungs-Wahlen. — Feuer. — Zur Schule.] Aus den letzten Kreistags-Ergänzungswahlen sind als Kreistagsabgeordnete hervorgegangen: a. Aus dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer die Rittergutsbesitzer: Sydow zu Waldvorwerk, Graf v. d. Schulenburg zu Triebusch, Landrath v. Goßler zu Klein-Kloden, Kreisdeputirter Nitschke zu Austen, Landesältester Dürr zu Oderbeltsch, Major v. Kalkreuth zu Mechau. b. Aus dem Wahlverbande der Landgemeinden: Bauergutsbesitzer Klose zu Guhlau und die Gemeindevorsteher Simon zu Austen, Brache zu Lübchen, Kühn zu Ober-Tschirnau, Wenzel zu Geischen und Kunzendorf zu Sandeborske. c. Aus dem Wahlverbande der Städte die Bürgermeister Dierich zu Guhrau, Göbel zu Herrnstadt und Beyer zu Tschirnau. — Am 29. November brannte zwischen 7 und 8 Uhr Abends das Wohnhaus und ein Stallgebäude des Gastwirth Franzke in Klein-Osten ab. — Der hiesigen Lehrlings-Fortbildungsschule sind von dem Central-Gewerbe-Verein in Breslau werthvolle Vorlegeblätter ornamentaler und plastischer Zeichnungen der Gegenwart, wie der klassischen Zeiten der Griechen und Römer, von hoher pädagogischer Bedeutung zugewendet worden; ebenso erhielt der Rector der evangelischen Elementarschule Seitens der Regierung 6 Bildertafeln für Zoologie, wohl als Empfehlung zur Anschaffung eines größeren zoologischen Bilderwerkes, dem sie entnommen. Die Thiertypen, verschiedenen Klassen und Ordnungen angehörig, zeichnen sich durch Größe, Klarheit der Zeichnung und vortreffliche Durchführung aus.

Cosel, 5. Decbr. [Zur Tageschronik.] Was den sorgfältigsten Bemühungen zur Auffindung des seit ungefähr 4 Wochen vermißten Bauern P. aus Kanorno nicht gelungen ist, das hat der Zufall jetzt vermocht. Auf dem Wege nach ihrem Felde bemerkte nämlich eine alte Frau aus einem Schlammloche, das sich unweit der Stelle, wo man das Gespann aufgefunden hatte, befand, etwas hervorragen, was sie bei genauerer Betrachtung als einen Pelz erkannte. Sie deckte den Pelz auf und fand in denselben eingehüllt eine Leiche, die sich alsbald als die des vermißten P. ergab. Das Geld, welches er für die Kartoffeln im Betrage von ungefähr 40 Mk. in Ober-Glogau erhoben hatte, wurde bei ihm vorgefunden, ebensowenig hat man für den Augenblick Spuren von äußerer Gewaltthätigkeit an dem Körper wahrgenommen. Es ist wohl anzunehmen, daß der P. entweder vom Wagen gefallen oder im Begriffe, den richtigen Weg, von welchem er bei dem damaligen Schneetreiben höchst wahrscheinlich abgewichen war, aufzufinden, vom Wagen gestiegen und in dieses Schlammloch, deren es in jener Gegend sehr viele giebt, gerathen ist und durch Erstickung seinen Tod gefunden hat. — Wie seit einiger Zeit verlautet, soll Herr Pastor Kramm binnen Kurzem unsere Stadt verlassen, indem er zum Divisionsprediger in Neisse ernannt worden ist. — Der Magistrat hier und die Amtsvorstände des Kreises sind angewiesen worden, die Gastwirthschaften ihrer Bezirke alsbald und fortdauernd einer genauen Controle in der Richtung zu unterziehen: „Ob die Eigenschaften, welche bei der Ertheilung der Concession nach der Vorschrift der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 in Bezug auf den Umfang, die Beschaffenheit und die Einrichtung der zu einem ordnungsmäßigen Betriebe erforderlichen Localitäten (Fremdenzimmer, Stallung 2c.) vorausgesetzt oder ausdrücklich vorgeschrieben, noch überall und vollständig vorhanden sind." Wo dies nicht der Fall ist, haben der Magistrat und die Amtsvorsteher die Betheiligten zur Ergänzung aufzufordern und nach Befinden das Verfahren auf Concessionsentziehung bei dem Kreisausschusse in Antrag zu bringen.

[Notizen aus der Provinz.] * Oppeln. Das hiesige „Wochenblatt" schreibt: Bei der diesjährigen Personenstands-Aufnahme hat sich herausgestellt, daß im hiesigen Kreise mehrere Personen existiren, welche das hohe Alter von 100 und mehr Jahren erreicht haben. — Die Einliegerin Barbara Pickorz zu Chrosczütz und die Auszüglerin Catharina Widera zu Groschowitz sind jede 100 Jahr, die Auszüglerin Rosalie Filla zu Kgl. Neudorf sogar 105 Jahre alt.

+ Ratibor. Das „N. Beuthner Stadtbl." meldet: Die Gebrüder Sobtzik haben auf dem Terrain an der Ratibor-Rybniker Chaussee bei Krzischkowitz eine Viertelmeile von Station Czernitz, im dritten Bohrloch wiederum ein Kohlenflötz in der Tiefe von 120 Metern erschürft.

Δ Martinwaldau, Kr. Bunzlau. Der „Niederschles. Cour." erzählt: Am letzten Freitag standen oder saßen mehrere Schulkinder auf der Decke des Schulhaus-Brunnens, wo sie unter sich ausgetauschte Stammbuchblätter lasen. „Das knackste ja", ruft eins der Kinder, und ehe sie den Ort verlassen können, bricht unter ihren Füßen der Boden ein und drei Knaben fallen in die Tiefe des Brunnens. Das Geschrei führt alsbald Hilfe herbei, jedoch dauert es immerhin einige Zeit, ehe man eine lange Leiter in den Brunnen hinablassen und die Knaben einen nach dem anderen hinaufholen konnte. Glücklicherweise war der Wasserstand in dem Brunnen nicht höher, daß sie darin stehen konnten, sonst wären alle 3 unrettbar verloren gewesen; nun aber sind 2 derselben glücklicherweise mit dem Schreck und einem kalten Bade davon gekommen. Der dritte aber hat sich durch Anschlagen im Fallen nicht unbedeutende Verwundungen zugezogen, jedoch sollen dieselben nicht lebensgefährlich sein.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Decbr. 6. 7.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 7°,6	+ 6°,2	+ 6°,1
Luftdruck bei 0°	325''',69	326''',96	328''',28
Dunstdruck	3''',33	2''',80	2''',95
Dunstsättigung	85 pCt.	81 pCt.	86 pCt.
Wind	SW. 1.	SW. 1.	W. 1.
Wetter	heiter.	bedeckt.	bedeckt.

Breslau, 7. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 46 Cm. U.-P. — M. 88 Cm.

Berliner Börse vom 6. December 1876.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe. .	4½	103,70 bz
do. de 1876 .	4	96,50 bzG
Staats-Anleihe	4	96,60 bz
Staats-Schuldscheine. .	3½	93,60 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,10 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bzB
Pfandbriefe. Berliner	4½	100,75 bz
Pommersche	3½	81,70 bz
do.	4	93,60 bz
do.	4½	101,25 bzG
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue. . .	4	93,40 bzG
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	94,40 G
Pommersche	4	94,50 bz
Posensche	4	94,40 bz
Preussische	4	94,40 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97 G
Sächsische.	4	95,50 bz
Schlesische	4	95 G
Badische Präm.-Anl. .	4	116,30 G
Baierische 4% Anleihe	4	119,20 B
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	106 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 245 G
Badische 35 Fl.-Loose 132 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 83 bzG
Oldenburger Loose 131 bzB

Ducaten 9,65 bz	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,34 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,24 bz	Oest. Bkn. 159,40 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 242,25 bz
Dollars 4.18 bz	

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'schePartial-Obl.	5	101 bz
Unkb. Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzB
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	100,50 bzB
do. rückzb. à 110	5	104,30 bzG
do. do. do.	4½	97,80 G
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,60 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr..	5	101,40 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	105 G
do. do. II. Em.	5	100.95 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	107,10 bz
do. do. II. Em.	5	105,20 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	100,90 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	95 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	101 bzG
Oest. Silberpfandbr. .	5½	34 oz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	—
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	84,20 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	31,50 G

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silberrente	4⅕	52,25 bz
(1./1.1./7. u. 1./4.1./10.)		52,25 bz
do. Papierrente	4⅕	47,60 bz
(1./2.1./8. u. 1./5.1./11.)		47,70 bz
do. 54er Präm.-Anl. .	4	87,75 bzG
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	92,10 bz
do. Credit-Loose . . .	—	288 bz
do. 64er Loose	—	238 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	134 bz
do. do. 1866	5	132,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	75,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	75 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	74,10 bzB
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	66 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	58,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104 bzB
do. do. 1885	6	100.60 bzG
do. 5% Anleihe . . .	5	101,10 bz
Französische Rente . .	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	68,50 bzB
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	100,40 B
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	65,50 B
Rumänische Anleihe. .	8	80,75 bz
Türkische Anleihe . . .	5	8,40 bz
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl	5	63,90 bzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37 B
Türken-Loose 21,50 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II. .	4½	99.25 B
do. III. v. St.3½g.	3½	85,10 bzB
do. do. VI.	4½	96,75 G
do. Hess. Nordbahn.	5	102,25 bzB
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	90 etbzB
do. Lit C. . .	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	— —
do. do. K.	4½	— —
do. von 1876	5	97 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	—
do. . . Lit. B.	4½	99,75 G
do. . . . . IV.	4	92 B
do. . . . . V.	4	89,50 G
Halle-Sorau-Guben . .	5	108,30 G
Hannover-Altenbeken .	4½	90,50 bzG
Märkisch-Posener . . .	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	95,75 B
do do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	95 bz
do do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do H.	4½	100,50 bz
do. . . von 1869.	5	101 bzG
do. von 1873. .	4	— —
do. von 1874. .	4½	96,75 G
do. Brieg-Neisse	4½	90,25 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	— —
do.Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn . .	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	100,10 G
Schlesw. Eisenbahn . .	4½	99,10 G
Chemnitz-Komotau. . .	5	92,80 bzG
Dux-Bodenbach.	5	58 bzB
do. II. Emission . .	5	— —
Prag-Dux.	fr.	19,75 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	78 bz
do. do. neue	5	76,20 G
Kaschau-Oderberg . . .	5	51,25 bzB
Ung. Nordostbahn . . .	5	47 bzG
Ung. Ostbahn.	5	43,70 B
Lemberg-Czernowitz .	5	61 G
do. do. II.	5	60,25 bz
do. do. III.	5	52 60 bzG
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb. .	fr.	14 bzG
do. II.	fr.	10 G
Kronpr.-Rudolf-Bahn .	5	58,75 bzG
Oesterr.-Französische	3	309 bz
do do. II.	3	256,50 bzB
do. südl. Staatsbahn	3	229 60 bzG
do. neue	3	228.60 bz
do. Obligationen	5	72,60 etbzG
Warschau-Wien II. . .	5	90 B
do. III. . .	5	82.50 bz
do. IV. . .	5	77,40 bz
do. V. . .	5	74,25 bzB

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,05 bz
do. do.	2 M.	3	168,30 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20.345 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,25 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	237,50 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	241,25 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	159,35 bz
do. do.	2 M.	4½	158,15 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	1	4	17,20 bz
Berg.-Märkische. .	2	4	4	77,50 bz
Berlin-Anhalt . . .	8½	8	4	102,30 bzG
Berlin-Dresden . .	5	2½	4	17,60 bzG
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	20,40 bz
Berlin-Hamburg . .	12½	10	4	174 bz
Berl. Nordbahn - .	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	1 3/8	3	4	77.90 bz
Berlin-Stettin . . .	9 11/20	9	4	118,50 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	5	66,80 bzG
Breslau-Freib. . . .	7½	5⅔	4	66 bz
Cöln-Minden	6 9/20	4 6/10	4	100,30 bz
do. Lit. B.	5	5	5	99,10 bz
Cuxhaven. Eisenb.	6	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	4 30 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	79 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	6 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	8,50 bzG
Kaschau-Oderberg	5	5	5	32,70 G
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	40.60 bz
Ludwigsb.-Bexb. .	9	9	4	178 bz
Märk.-Posener . . .	0	0	4	11,30 bz
Magdeb.-Halberst.	3	6	4	102,25 bzB
Magdeb.-Leipzig . .	14	14	4	— —
do. Lit. B.	4	4	4	— —
Mainz-Ludwigsh. .	6	6	4	95,75 bzG
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	95,50 G
Oberschl. A.C.D.E.	12	10½	3½	132,75 bz
do. B. . . .	12	10½	3½	123 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6½	4	415-16-15
Oest. Nordwestb.	5	5	5	186 B
Oest.Südb.(Lomb.)	1½	0	4	125
Ostpreuss. Südb. .	0	0	4	19,60 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	106,50 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	42,50 bzG
Rheinische	8	8	4	110,40 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	90,50 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	7 20 bz
Rumän. Eisenbahn	4	2½	4	9,90 bzG
Schweiz Westbahn	0	0	4	23,10 etbzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,40 bz
Thüringer Lit A.	7½	8½	4	132 bz
Warschau-Wien. .	10	7½	4	180,50 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1874	1875	Zf.	
Berlin-Görlitzer . .	4	5	5	53 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub. .	0	0	5	17,75 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	24,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	0	5	— —
Märkisch-Posener	0	3½	5	64 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,30 bz
do. Lit. C.	5	5	5	93,60 bz
Ostpr. Südbahn . .	3½	5	5	71 bzG
Pomm. Centralb. .	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	109 bzG
Rumänier.	8	8	8	48 bz
Saal-Bahn	2⅔	1½	5	20 bz
Weimar-Gera. . . .	5	2½	5	— —

Bank-Papiere.

	1874	1875	Zf.	
Allg.Deut.Hand.-G.	5	0	4	21 G
Anglo DeutscheBk.	0	3	4	42 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	157 G
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	68.75 G
do.Prod.-u.Hdls.-B.	10½	9½	4	84,90 bz
Braunschw. Bank.	7½	6⅔	4	97,90 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	68 B
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	71,75 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	68 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	118 bz
Darmst. Creditbk.	10	6	4	98 75 bzG
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	93,75 bzG
Deutsche Bank . .	5	3	4	77 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	149,25 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,25 G
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	107 ! z
do. ult.	12	7	4	106,75-6,75 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	87 B
do. junge	6	5½	4	92 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	— —
Goth. Grundcredb.	9	8	4	100,20 G
Hamb. Vereins-B.	11 1/9	9 4/9	4	117,50 bz
Hannov. Bank . . .	6⅔	9 7/15	4	102,10 B
Königsb.Ver.-Bank	5¾	5¼	4	80 B
Lndw.-B. Kwilecki	6½	6	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	165,50 etbzG
Luxemburg. Bank	9	6½	4	93 B
Magdeburger do.	5½	5½	4	102,50 B
Meininger do.	4	3	4	65,90 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	3	0	4	15 B
Nordd. Bank	10	6¾	4	124 bz
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	97,25 G
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	46 G
Oest. Cred.-Actien	6⅞	5	4	215-16-15,50
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	94,75 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94 B
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,90 bz
Sächs. Bank	10½	10	4	122,80 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	93,25 B
Schl. Bank-Verein	6	5	4	87 B
Schl. Vereinsbank	5	5	4	89 bzB
Thüringer Bank. .	6	5	4	70,50 bz
Weimar. Bank. . .	5¼	0	4	40 bz
Wiener Unionsb. .	5	2 6/7	4	68 B

In Liquidation.

	1874	1875	Zf.	
Berliner Bank . . .	0	—	fr.	88,75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	82 60 bzG
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4,75 G
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	57 G
Berl. Wechsler-B.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	95 B
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	b2 bzG
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅕	fr.	92,10 G
Hessische Bank . .	0	—	fr.	55,50 G
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	89,50 bzG
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	— —
Pr.-Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	2 B

Industrie-Papiere.

	1874	1875	Zf.	
Berl.Eisenb.-Bd-A.	7½	0	fr.	139 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	5,80 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	4	0	4	64,75 B
Märk.Sch.Masch.G.	0	0	4	11 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	5	4	52 G
do. Papierfabr.	4	0	4	— —
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	3 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	122,75 B
Schles. Feuervers.	17	20	4	722 bzG
Donnersmarkhütte	4	3	4	17,50 bzG
Dortm. Union . . .	0	0	4	8,10 bzG
Königs- u. Laurah.	10	2	4	70,50 bz
Lauchhammer . . .	0	0	4	24,50 B
Marienhütte	7½	8	4	67,50 bzG
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	6,50 B
Redenhütte	0	0	4	7,25 B
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	6,50 bz
Schl.Zinkh.-Actien	7	6	4	76,50 G
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	85 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	36,75 G
Vorwärtshütte . . .	1	0	4	12 B
Baltischer Lloyd .	0	0	4	42 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	48,50 G
do. ver. Oelfabr.	5	1	4	44,50 B
Erdm. u. Spinnerei .	4	1	4	15,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	4	4	43 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	0	4	11 G
O. Sch[illegible]. Eisenb.-B.	2	0	4	— —
Schl. [illegible]einenind. .	7½	8	4	— —
do. Porzellan	0	0	4	9,50 B
Wilhelm[illegible]hütteMA.	4	4½	4	68 B

Berlin, 6. Decbr. Die Börse nahm heute wieder den Standpunkt der beobachtenden Reserve ein und beschränkte demgemäß die geschäftlichen Transactionen auf das Aeußerste. Die Rede des Fürsten Bismarck war gewissermaßen gestern schon escomptirt und hatte, da sie ja überhaupt die politische Lage nur in der Weise charakterisirte, wie man sie bisher anzusehen gewöhnt war, für die Börse eigentlich auch an Bedeutung verloren. Ebenso wenig boten die Coursdepeschen von den auswärtigen Plätzen irgend welche Anregung. In welchem Grade die Geschäftsstille auftrat, erhellt schon aus dem Umstande deutlich, daß die Notirungen der Hauptspielpapiere während der Börse fast absolut stabil blieben. Die internationalen Speculationspapiere setzten um eine Kleinigkeit unter den gestrigen Schlußcoursen ein, zogen in der letzten Hälfte der zweiten Börsenstunde zwar etwas an, jedoch konnte diese Bewegung weder Umfang gewinnen, noch sich auf die Dauer behaupten. Oesterr. Nebenbahnen blieben gänzlich unbelebt, lassen sich im Allgemeinen aber als fest bezeichnen. Galizier zogen etwas an. Die localen Speculationseffecten haben nur wenige und ganz geringfügige Veränderungen erlitten, fanden im Ganzen aber auch nur ganz geringe Beachtung. Dortmunder Union-Actien gingen etwas lebhafter um, alte erhöhten die Notiz um ein Geringes, wogegen abgestempelte Stücke etwas nachließen. Disconto-Commandit 107, ult. 106¾—7¼—6½, Laurahütte 70½, ult. 70,60 bis 71—70,50. Die auswärtigen Staatsanleihen notiren fast sämmtlich etwas niedriger, nur Silberrente war begehrt. Für Papierrente, Loose und Italiener waltete jedoch das Angebot vor. Russische Werthe etwas besser, 5procentige Anleihe pr. ult. 77¾—78—77½. Preußische und andere deutsche Staatsanleihen still. Von Prioritäten nur Chemnitz-Komotau höher und gefragt, Ungarische Ostbahn und Nord-Ostbahn steigend, Lombardische beliebt. Im Uebrigen war diese Branche ganz vernachlässigt. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte sind einige Cours-Besserungen zu verzeichnen. Die Umsätze waren aber nur klein. Potsdamer besser, Oberschlesische fest, Anhalter, Stettiner und Halberstädter niedriger, Mastrichter, Berlin-Dresdener, Nahe und Ostpreußische Südbahn belebter, Rumänien Stammactien unverändert, Obligationen niedriger, Bankactien sehr ruhig. Börsenhandelsverein erhöhte die Notiz, Sächsische Bank und Leipziger Creditbank steigend und nicht unbelebt, Deutsche Bank und Meininger Hypotheken lebhaft und höher, Meininger Creditbank zu gestrigem Course in gutem Verkehr, Baubank Metropole anziehend, Mecklenburger Hypotheken rege. Amsterdamer Bank ging rege um, ließ jedoch etwas im Course nach, Bank für Rheinland angeboten und niedriger, Wiener Union-Bank weichend. Industriepapiere fast ganz ohne Verkehr, Landré höher, Schultheiß besser, Nürnberger dagegen nachgebend. Große Pferdebahn besser. Egell's Maschinenbau sehr belebt und steigend. Donnersmarck beliebt. Gelsenkirchen, Köln-Müsen besser. Louise belebt. Hibernia offerirt. Georg Marie angeboten und matt.

Um 2½ Uhr: Matt. Credit 214,50, Lombarden 125, Franzosen 415, Reichsbank 149,50, Disconto-Commandit 106,50, Dortmunder Union 8,10, Laurahütte 69,90, Köln-Mindener 100,40, Rheinische 110,40, Bergische 77,40, Rumänen 9,90, Türken 8,25.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 6. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 30. Pariser Wechsel 81, 28. Wiener Wechsel 159, 10. Böhmische Westbahn 133¾. Elisabethbahn 107. Galizier 156½. Franzosen*) 206⅞. Lombarden*) 61¾. Nordwestbahn 92½. Silberrente 52¼. Papierrente 47⅝. Russische Bodencredit 74½. Russen 1872 80⅝. Amerikaner 1885 100⅜. 1860er Loose 92 7/16. 1864er Loose 238, 00. Creditactien*) 106¾. Oesterreichische Nationalbank 657, 00. Darmst. Bank 99. Berliner Bankverein 82¾. Frankf. Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 66¼. Hessische Ludwigsbahn 95 9/16. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 128, 00. do. Schatzanweisungen alte 76. do. Schatzanweisungen neue 73⅞. do. Ostbahn-Obligationen II. 52⅜. Central-Pacific —. Reichsbank 149½. Silbercoupons —.

Geringes Geschäft. Course im Allgemeinen wenig verändert.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 106⅜, Franzosen 206⅞, 1860er Loose —, Galizier —. Lombarden —, Silberrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 6. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 115, Silberrente 52, Creditactien 106, 1860er Loose 92, Franzosen 516, Lombarden 154½, Ital. Rente 68, Vereinsbank 117¾, Laurahütte 70, Commerzbank 94⅜, Norddeutsche 123⅝, Anglo-deutsche 41¼. Internationale Bank 82⅞, Amerikaner de 1885 94⅞, Köln-Minden. St.-A. 100¼, Rhein-Eisenbahn do. 110, Bergisch-Märk. do. 77¼, Disconto 3 pCt. Schluß matt.

Hamburg, 6. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fest auf Termine still. Weizen pr. December-Januar 217½ Br., 216½ Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 227 Br., 226 Gd. Roggen pr. December-Januar 167 Br., 166 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 172 Br., 171 Gd. — Hafer still. — Gerste ruhig. — Rüböl fest, loco 79, pr. Mai pr. 200 Pfd. 78½. — Spiritus ruhig, pr. December 46, pr. Januar-Februar 46, pr. April-Mai 46, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 46. Kaffee sehr angenehm, Umsatz 4000 Sack. Petroleum steigend, Standard white loco 27, 00 Br., 26, 50 Gd., pr. December 26, 50 Gd., per Januar-März 24, 00 Gd. — Wetter: Feucht.

Liverpool, 6. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 7000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 6. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 4000 Ballen. Stetig. Ankünfte williger.

Middl. Orleans 6⅝, middl. amerikanische 6 7/16, fair Dhollerah 5, middl. fair Dhollah 4⅞, good middl. Dhollerah 4⅝, middl. Dhollerah 4⅜, fair Bengal 4⅜, good fair Broach —, new fair Oomra 5, good fair Oomra 5¼, fair Madras 4¾, fair Pernam 6½, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 6¾.

Newyork, 6. Decbr., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 8⅛. Wechsel auf London 4, 82. 5/20 Bonds de 1885 109, dito 5% fundirte Anleihe 111. 5/20 Bonds de 1887 115¼. Erie-Bahn 9¼. Baumwolle in Newyork 12⅛. do. in New-Orleans 11⅜. Raff. Petroleum in Newyork 27. Raff. Petroleum in Philadelphia 26½. Mehl 5, 70. Mais (old mixed) 61. Rother Frühjahrsweizen 1, 40. Caffee Rio 18⅛. Havanna-Zucker 9⅞. Getreidefracht 6½. Schmalz (Marke Wilcox) 10⅞. Speck (short clear) 9⅝.

Antwerpen, 6. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Geschäftslos.

Antwerpen, 6. Decbr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 68½ bez., 69 Br., pr. December 68½ bez. und Br., pr. Januar 59 bez. und Br., per Februar 56 Br., per April 54 Br. — Ruhig.

Bremen, 6. Decbr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Steigend. Standard white loco 27, 25, pr. Januar 25, 00, pr. Februar 23, 25, pr. Februar-April 22, 25.

Berlin, 6. December. [Producten-Bericht.] Der heutige Markt zeigte für Roggen eine unsichere Haltung. Terminpreise haben sich zwar nicht viel verändert, sie schwankten aber mehrfach und nur mit Mühe blieb der gestrige Standpunkt schließlich behauptet. Das Effectivgeschäft war träge, Eigner müssen entgegenkommen. — Roggenmehl still und eher matt. — Weizen in beschränktem Verkehr; vorübergehend war die Haltung matt, zum Schluß sind jedoch gestrige Preise bezahlt worden. — Hafer loco fortdauernd recht flau, Termine wenig belebt und im Werthe kaum verändert. — Rüböl ohne wesentliche Aenderung. — Petroleum ruhig. — Spiritus in beschränktem Verkehr, doch ziemlich fest zum Schluß.

Weizen loco 190—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner bunter polnischer — M. ab Bahn bez., per December 220 Mark bez., per April-Mai 227½—226½—227½ M. bez., per Mai-Juni 228½ bis 27½—228 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 157—187 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 157—159 Mark ab Kahn bez., neuer russischer 177—186 Mark bezahlt, neuer polnischer — Mark bezahlt, inländischer 161—170 Mark ab Bahn bezahlt, per December 159—158½—159 Mark bez., per December-Januar 159—158½—159 Mark bez., per Januar-Februar 161½—161 bis 161½ M. bez., per Frühjahr 168½—167½—168 Mark bez., per Mai-Juni 167—166—166½ Mark bez. Gekündigt 24,000 Centner. Kündigungspreis 159 Mark. — Gerste loco 130 bis 175 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 125—168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 130—160 Mark bez., russischer 130—150 M. bez., pommerscher 164—166 M. bez., schlesischer 152—164 M. bez., galizischer 130 bis 145 M. bez., böhmischer 157—166 M. bez., ungarischer 140—145 M. bez., defecter ungarischer — Mark ab Bahn bez., per December 148 Mark bez., per December-Januar 148 Mark bez., per Frühjahr 160½—160 bis 160½ Mark bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 147 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: inclusive Sack per December 23—23,10 Mark bez., per December-Januar 23—23,10 Mark bez., per Januar-Februar 23,35—15 M. bez., per Februar-März 23,15—20 M. bez., per März-April 23,20—30 M. bez., per April-Mai 23,20—40 M. bez., per Mai-Juni — M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 76,5 Mark bez., mit Faß — M. bez., per December 77—76,6 M. bez., per December-Januar — Mark bez., per Januar-Februar — M. bez. per April-Mai 78,5 bis 2—7—4 Mark bez., per Mai-Juni — Mark bezahlt. Gekündigt 200 Centner. Kündigungspreis 77 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 56 Mark. bez., per December 54 Mark bez., per December-Januar 51,3 M. Br., per Januar-Februar 47,3—2 M. bez., per Februar-März 44,2 Mark bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai — Mark bez. Gekündigt — Bar. — Kündigungspreis — M.

Spiritus loco „ohne Faß" 55,6 Mark bez., per December 56,6 bis 4—8 Mark bez., per December-Januar 56,6—4—8 M. bez., per April-Mai 59—58,6—59,1 Mark bez., per Mai-Juni 59,2—58,9—59,3 Mark bez., per Juni-Juli 60—59,8—60,3 Mark bez. Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 56,7 M.

Breslau, 7. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, nur in feinen Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,20 bis 19,20—21,60 Mark, gelber 17,40—19,00 bis 20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. neuer 16,20 bis 17,80 bis 18,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach gefragt, per 100 Kilogr. neue 14,00 bis 14,50 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. neuer 13,70—14,80 bis 15,50 Mark.

Mais nur trockene Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50—13,70 Mark.

Erbsen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 16,00—17,00 bis 18,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	—	31	—	30	—
Winterrübsen	31	75	29	75	28	75
Sommerrübsen	30	—	28	—	27	—
Leindotter	27	—	25	75	23	—

Rapskuchen gut behauptet, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen in sehr ruhiger Haltung, rother matter, per 50 Kilogr. 53—60—66—74 Mark, — weißer nur feine Qualitäten preishaltend, per 50 Kilogr. 57—65—68—82 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 30—31 Mark, Roggen fein 27,50—28,50 Mark, Hausbacken 26,50—27,50 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 6. Decbr. Die heutigen Abendblätter berichten aus Prag über abermalige Studenten-Excesse, welche das Einschreiten der Polizei nothwendig machten. Der Rector der Universität hat für den Fall einer Wiederholung die schärfsten Maßregeln angedroht. — Der „Politischen Correspondenz" wird aus Bukarest gemeldet, daß das Bankhaus Poumay daselbst, dessen Inhaber, Jacques Poumay, sich vor einigen Tagen entleibt hat, nicht nur nicht insolvent sei, sondern vielmehr nach dem Tode des Inhabers noch einen Vermögensbesitz von mehr als 2 Millionen festgestellt habe.

Paris, 6. Dec. Die parlamentarischen Kreise nehmen an, daß Duclerc (gemäßigter Republikaner, 1848 Finanzminister) mit der Bildung des neuen Cabinets beauftragt wird. Die Intransigenten beabsichtigen, morgen in der Kammer zu beantragen, daß die Berathung über das Einnahmebudget bis zur Constituirung des Cabinets ausgesetzt werde; indeß ist die Ablehnung des Antrages wahrscheinlich.

Brüssel, 6. Dec. Die Repräsentanten-Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, wodurch die Ausprägung von silbernen Fünffrancsstücken vom 1. Januar 1877 ab aufgehoben wird.

Rom, 6. Decbr. Der König wird sich Abends zum Besuche der Kaiserin Eugenie nach Florenz begeben und gedenkt von da nach Pisa zu gehen. Der Pronuntius in Madrid, Cardinal Simeoni, ist hier eingetroffen.

Belgrad, 6. Decbr. Das österreichische Postschiff „Radetzki", welches bulgarische Flüchtlinge unter polizeilicher Assistenz nach Galatz bringen sollte, wurde von der serbischen Polizei durchsucht und wurden die Flüchtlinge auf gewaltsamem Wege in Freiheit gesetzt. Die Reclamation des Capitäns wurde zurückgewiesen.

Ragusa, 6. Decbr. Die Demarcationscommission prüft gegenwärtig die Einwendungen Moukhtar Paschas gegen den von ihr aufgestellten Demarcationsplan. Man glaubt, daß die Commission die Ansprüche Moukhtar Paschas als militärisch unbegründet abweisen wird.

Athen, 6. Decbr. Bei der abermaligen Abstimmung der Kammer über die Steuerauflage blieb die Regierung mit 81 gegen 82 Stimmen in der Minorität. Der Conseilpräsident Comunduros beharrt auf seinem Demissionsgesuch. Man hält die Annahme desselben für unwahrscheinlich, da die Bildung eines Oppositionscabinets sich bis jetzt als unmöglich erwies.

Brooklyn, 6. Decbr. Das hiesige Theater ist gestern Abend gänzlich niedergebrannt. Die Anzahl der dabei Verunglückten ist eine sehr beträchtliche.

Tegnér's Axel. Romanze, deutsch von Dr. M. Vogel. Leipzig, Verlag von Schmidt u. Günther. Die Sage von „Axel", eine Episode aus der Zeit Karl XII., des schwedischen Heldenkönigs, lebt heute noch allerwärts im Munde unseres nordischen Brudervolkes. In ergreifend schöner Weise hat Tegnér diese Sage besungen, wie uns die vorliegende mit entschiedenem Geschick ausgeführte Uebersetzung zeigt. Das elegant ausgestattete Büchlein eignet sich vortrefflich zu Festgeschenken für die erwachsene Jugend — im Norden ist es in jeder Familie zu finden. Der Preis ist billig, broschirt 75 Pf., gebunden 1 M. 50 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.